

Bernd Faulenbach

## Zur Bedeutung der Umwälzung 1989/90 für die deutsche Sozialdemokratie im europäischen Kontext

### I. 1989 – EIN EREIGNIS DER GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATIE?

Die nahezu von niemandem erwartete transnationale, in den einzelnen Ländern jedoch unterschiedlich verlaufende Umwälzung 1989/90 in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa gehört zu den Zäsuren der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.<sup>1</sup> Verursacht wurde sie unter anderem durch eine Stagnation der kommunistischen Systeme, die sich als nicht flexibel und leistungsfähig erwiesen, eine neue Stufe der technologisch-ökonomischen Entwicklung zu nutzen. Konkret ist sie herbeigeführt worden durch das Ausbleiben von Reformen beziehungsweise durch verspätete und nicht vollständig durchdachte Reformen auf der einen Seite und durch wachsende Dissidenz, Oppositionsbewegungen und Massenproteste auf der anderen Seite, die zusammen eine finale Krise des sowjetisch geprägten Kommunismus 1989–1991 bewirkten.

Das Ende des Kommunismus hatte weitreichende, freilich bezogen auf die einzelnen Länder teilweise differierende Konsequenzen. Im Hinblick auf Europa als Ganzes führte die Umwälzung zur Überwindung der Spaltung des Kontinents, zur Vereinigung der DDR und der Bundesrepublik in Mitteleuropa und zur Entstehung neuer Staaten durch die Auflösung der Sowjetunion und durch die Teilung der Tschechoslowakei. Innenpolitisch zielten die postkommunistischen Länder westliche Verfassungs-, Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen an. Aus kommunistischer Sicht handelte es sich bei der Umwälzung um Konterrevolutionen, Jürgen Habermas sprach von einer nachholenden Revolution, andere sahen eine »Revolution neuen Typs«<sup>2</sup>, deren Ergebnisse in die westliche Entwicklung einmündeten.

Die große Bedeutung des Geschehens 1989–1991 scheint außer Zweifel zu stehen, doch wird über den Charakter weiter diskutiert. Auch ist die Frage nach der Einordnung in den Prozess der deutschen und der europäischen Geschichte noch nicht endgültig beantwortet. Bemerkenswerterweise hat die neuere Forschungsdiskussion zwar den »Strukturbruch« in den europäischen Gesellschaften seit Mitte der 1970er Jahre unter dem Stichwort »nach dem Boom« in den Blick genommen, doch dabei kaum über die Bedeutung des Umbruchs

1 Zur Umwälzung 1989/90 liegen vor allem Arbeiten vor, die auf der jeweiligen nationalen Ebene die Prozesse behandeln. Zur europäischen Perspektive auf das Geschehen vgl. *Tony Judt*, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München/Wien 2006, S. 722ff.; *György Dalos*, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*, München 2009; *Eric Hobsbawm*, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995; *Timothy Garton Ash*, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990*, München/Wien 1990; *Jürgen Kocka*, 1989 – Eine transnationale Revolution, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 2009, H. 5, S. 46–49; *Bernd Faulenbach*, Die europäische Umwälzung von 1989 und ihre Bedeutung für die nationalen Erinnerungskulturen, in: »Wir sind das Volk«. Freiheitsbewegungen in der DDR 1949–1989. Wissenschaftliches Kolloquium am 26. und 27. November 2009 in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt o.J., S. 77–84.

2 *Jürgen Habermas*, Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt am Main 1999, S. 179ff. Zur Revolution neuen Typs vgl. *Charles Maier*, Essay. Die ostdeutsche Revolution, in: *Klaus-Dietmar Henke* (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 553–575.

1989/90 gehandelt.<sup>3</sup> Umgekehrt hat sich die Diskussion über die Umwälzung 1989/90 nur am Rande mit ihrer Rückwirkung auf den Westen und mit der gesamteuropäischen Entwicklung auseinandergesetzt.<sup>4</sup> Es gilt also verschiedene Diskurse miteinander zu verknüpfen.

Hier soll die deutsche Sozialdemokratie – bei Berücksichtigung des europäischen Kontextes – mit dem Geschehen 1989/90, mit Vorgeschichte, Verlauf und Folgen für die Sozialdemokratie – in Beziehung gesetzt werden. Zu erörtern ist, welche Rolle die Sozialdemokratie 1989/90 spielte und inwieweit die Umwälzung für die Sozialdemokratie ein Einschnitt war. Deshalb ist die Bedeutung des Geschehens für die Sozialdemokratie<sup>5</sup> zu bestimmen – im Hinblick auf ihr Selbstverständnis, auf ihre Rolle im Parteiensystem und in der internationalen Politik, auch bezogen auf ihre Erfolge und Handlungsfähigkeit, was unter anderem die Frage nach dem Verhältnis von sozialdemokratischer Politik auf der einen Seite und politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen auf der anderen Seite einschließt. Dazu bedarf es zunächst eines Blicks auf die Sozialdemokratie der vorhergehenden Zeit, insbesondere der 1980er Jahre, um in weiteren Schritten die Umwälzung 1989/90, die neue Konstellation und die Folgen für sozialdemokratische Politik erfassen zu können. Besonderes Interesse richtet sich nicht nur auf die sozialdemokratische Verarbeitung des Endes des Ost-West-Gegensatzes, sondern auch auf das generelle Verhältnis von politischen Ereignissen, strukturellen Veränderungen und politischem Handeln der Sozialdemokratie.

Es kann angesichts des Forschungsstandes in dieser Skizze nur um große Linien, um Erkundung des Terrains für die weitere Forschung und um Hypothesenbildung gehen. Im Zentrum steht die deutsche Sozialdemokratie, die in der Sozialistischen Internationale unter der Präsidentschaft Willy Brandts seit den 1970er Jahren wieder eine führende Rolle spielte<sup>6</sup>, zudem geradezu meinungsführend im Ost-West-Verhältnis war. Doch gilt es, ungeachtet des noch weitgehenden Fehlens einer vergleichenden Politikgeschichte Europas<sup>7</sup>, die Entwicklung der Sozialdemokratie in den anderen großen europäischen Ländern ein Stück weit zu berücksichtigen.

## II. SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK IN DEN 1980ER JAHREN

Die 1980er Jahre waren zunächst durch eine ausgesprochene Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses gekennzeichnet, bei der der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, die Absage der Teilnahme der westlichen Länder bei den Olympischen Spielen in Moskau 1980 sowie der auf die sowjetische SS-20-Rüstung reagierende NATO-Doppelbeschluss wichtige Faktoren waren. Eine Rückkehr zum Kalten Krieg schien sich anzudeuten, und

3 Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; vgl. auch die Beiträge zum Rahmenthema »Wandel des Politischen«. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, in: AfS 52, 2012.

4 Vgl. *Ehrhardt Neubert*, Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München/Zürich 2008; *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009; stärker auf die Wiedervereinigung bezogen mit Ansätzen der Einbeziehung der Kontexte: *Andreas Rödder*, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

5 Dabei werden unter Sozialdemokraten auch die »Demokratischen Sozialisten« gefasst, die zusammen im Europaparlament die Sozialistische Fraktion bildeten.

6 Vgl. *Willy Brandt*, Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearb. v. *Bernd Rother* u. *Wolfgang Schmidt*, Bonn 2006; *Bernd Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 562ff.

7 Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom, S. 94f.

doch kehrten die Verhältnisse der 1950er und 1960er Jahre nicht wieder und ab Mitte des Jahrzehnts begannen die Kräfte der Entspannung wieder an Boden zu gewinnen.

Kennzeichnend für das Jahrzehnt waren in den westlichen Gesellschaften zum einen erhebliche ökonomisch-gesellschaftliche Differenzierungsprozesse, die teilweise schon von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die von Rechnern über computergesteuerte Maschinen bis zu neuen Formen der Informationsübertragung reichten, beeinflusst waren, zum anderen der Aufstieg des Neoliberalismus, der sich massiv für Deregulierung und die Zurückdrängung des Einflusses des Staats einsetzte. Die Entwicklung der Sozialdemokratie ist auf dem Hintergrund beider Prozesse zu sehen. Dass dabei eine heutige Sicht dieses Jahrzehnts vom Endpunkt – der für die Zeitgenossen überraschenden Umwälzung 1989/90 – nicht absehen kann, ohne diese freilich als Telos zu begreifen, liegt auf der Hand. Doch gleichzeitig sind auch längerfristige Prozesse in den Blick zu nehmen.<sup>8</sup> Zunächst aber zum Verhältnis der Sozialdemokratie zum Kommunismus und zur Ostpolitik, das ebenfalls in die Vorgeschichte von 1989 gehört.

#### *Das Verhältnis zur kommunistischen Welt*

In der Nachkriegsepoche war das Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus – auf der ideologischen, politischen und gesellschaftlichen Ebene – durch Gegensätzlichkeit charakterisiert, und zwar schon bald nach Herausbildung des Ost-West-Gegensatzes besonders in Mitteleuropa, aber auch in Westeuropa. Es waren die unterschiedlichen Einschätzungen von Sowjetunion und Marshallplan, die trennten, mehr noch der Demokratie- beziehungsweise Diktaturbegriff und die marxistisch-leninistische Ideologie und die politische Praxis der kommunistischen Länder. Dennoch war der Gegensatz in Frankreich und in Italien weniger schroff, da der Widerstand gegen die deutsche Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg partiell verband. Stark ausgeprägt war der Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, umgekehrt in der DDR der scharfe Antisozialdemokratismus, der zu einer Verfolgung der Sozialdemokraten führte, die nur scheinbar ein Pendant in Westdeutschland in der Verbotspolitik gegenüber der KPD hatte.<sup>9</sup> Nicht außer Acht lassen sollte man, dass der Kommunismus von der Nachkriegszeit bis weit in die 1970er Jahre hinein im Westen außen- und teilweise innenpolitisch als ernsthafte Bedrohung erschien und der Ausgang der Auseinandersetzung lange Zeit als offen galt.

Seine spezifische Ausformung hatte das Verhältnis in der Nachkriegsepoche dadurch, dass die kommunistischen Parteien in Osteuropa Staatsparteien mit für die Länder verbindlicher marxistisch-leninistischer Ideologie waren, während die sozialdemokratischen Parteien im Westen durchweg die liberale Konsensdemokratie mit Parteienpluralismus anerkannten.<sup>10</sup> Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus begann sich zu modifizieren durch die Koexistenzpolitik und durch die Entspannungspolitik nach der Doppelkrise von 1961/62 (Berlin und Kuba). Eine besondere Rolle spielte dabei die von Willy Brandt und den deutschen Sozialdemokraten vorangetriebene Neue Ostpolitik, die

8 Zu den strukturellen Problemen des bundesdeutschen Parteienstaats während der 1980er Jahre vgl. *Michael Ruck*, Tanker in der rauen See des Struktur- und Wertewandels, in: AfS 52, 2012, S. 253–271.

9 Vgl. *Bernd Faulenbach*, Erscheinungsformen des »Antikommunismus«. Zur Problematik eines vieldeutigen Begriffs, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2011, S. 1–13; *Mike Schmeitzner* (Hrsg.), *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2007. Zur Verfolgung der Sozialdemokraten in der SBZ/DDR siehe die Literaturhinweise in Anm. 80 sowie: *Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013.

10 Vgl. *Julia Angster*, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und KPD*, München 2003.

neben einem Modus Vivendi der Bundesrepublik mit der DDR, der über ein Nebeneinander zu einem Miteinander führen sollte, auch ein neues Verhältnis mit der Sowjetunion und Polen und den anderen »realsozialistischen« Ländern anstrebte und in den Ostverträgen und zahlreichen Abkommen ihren Niederschlag fand.<sup>11</sup> Da auch die »real-sozialistischen« Länder, nicht zuletzt aus technologisch-ökonomischen Gründen, die partielle Zusammenarbeit mit dem Westen suchten, begann sich das Ost-West-Verhältnis zu verändern, was unter anderem im KSZE-Prozess zum Ausdruck kam.

Während der 1980er Jahre hat insbesondere die deutsche Sozialdemokratie sich als Protagonist der Entspannungspolitik zwischen Ost und West verstanden. Nach dem unter dem Eindruck der Friedensbewegung vorgenommenen Umschwenken der SPD 1983 in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses vertraten die deutschen Sozialdemokraten das von Egon Bahr entwickelte Konzept der gemeinsamen Sicherheit, das den Ost-West-Gegensatz überwölben sollte. Deutsche Sozialdemokraten sahen in seiner Realisierung ihre Aufgabe, was freilich nicht in allen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien – etwa bei den französischen Sozialisten – Zustimmung fand.<sup>12</sup> Ziele der deutschen Sozialdemokratie blieben der Abbau der Spannungen, die Ermöglichung von Kommunikation und Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten (dabei stand das deutsch-deutsche Verhältnis im Vordergrund) und langfristig die Schaffung einer europäischen Friedensordnung, die den Ost-West-Gegensatz überwinden sollte.

Der ideologische Gegensatz blieb freilich auch in dieser Zeit bestehen. Während die deutsche Sozialdemokratie 1959 mit dem Godesberger Programm ihre ideologischen Bezüge zum Marxismus revidierte, hielten die moskauorientierten kommunistischen Parteien an ihrer starren marxistisch-leninistischen Ideologie fest und sahen im »Sozialdemokratismus« eine wesentliche Gefährdung kommunistischer Herrschaft, was seit den 1950er Jahren, auch noch zur Zeit der Neuen Ostpolitik, ein Thema für die kommunistischen Parteien und ihre Staatssicherheitsdienste war.<sup>13</sup> Auch in der Bundesrepublik, in der die SPD in einem von Parteivorstand und Parteirat verabschiedeten Papier 1970/71 die diametrale Gegensätzlichkeit von Kommunismus und Sozialdemokratie herausgearbeitet hatte<sup>14</sup>, blieben – aus ideologischen Gründen und wegen des in der Gesellschaft vorherrschenden Antikommunismus – auch in den 1970er und 1980er Jahren Aktionsbündnisse mit kommunistischen Gruppen verboten (und hatten Parteiausschlüsse zur Folge).

Sicherlich stellten Teile der Jusos in der Bundesrepublik unter dem Einfluss der Neuen Linken den Antikommunismus mehr oder weniger radikal infrage. Auch fand seit Ende der 1960er Jahre in akademischen Milieus eine Rückwendung zu marxistischen Positionen statt, die zu verschiedenen ideologischen Richtungen innerhalb der Partei-Jugendorganisationen führten. Zwar entwickelte man beispielsweise ein besonderes Interesse für die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, doch waren die Systeme im Osten selbst für diejenigen, die mit ihnen sympathisierten, mehr eine Projektionsfläche linker Wünsche als Vorbilder. Am linken Rand sozialdemokratischer Parteien gab es hier und da Ausfaserungen zu den Kommunisten hin – bei der Labour Party gewannen Trotzlisten zeitweilig Einfluss. Doch war die Gegensätzlichkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten nach wie vor vorherrschend.

11 Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 80ff.

12 Vgl. *Hélène Miard-Delacroix*, Willy Brandt, Helmut Schmidt und François Mitterrand. Vom Komitee gegen Berufsverbote 1976 bis zum Streit über Mittelstreckenraketen 1983, in: *Horst Möller/Maurice Vaisse* (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 231–245, hier: S. 204–245.

13 Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 132ff.

14 Vgl. ebd., S. 346ff.

In Frankreich war das Verhältnis insofern spezifischer Art, als die französischen Sozialisten 1981 im Bündnis mit den Kommunisten die Macht eroberten, die Kommunisten dann jedoch durch die geschickte Politik François Mitterrands ausgebootet wurden. Die Gegnerschaft zu den Kommunisten wurde in den 1970er Jahren in den sozialdemokratischen Parteien auch manifest, als in Portugal und Spanien die faschistischen Diktaturen überwunden wurden. Weniger die Sozialistische Internationale als die deutschen Sozialdemokraten taten in dieser Situation alles, um die demokratisch-sozialistischen Parteien auf der Iberischen Halbinsel zu fördern und ein Abgleiten der neuen Regierungen in ein kommunistisches Fahrwasser zu verhindern.<sup>15</sup>

Die ideologischen Gegensätze begannen sich allerdings seit den 1970er Jahren abzuschwächen. Insbesondere büßte der Marxismus-Leninismus an Ausstrahlung ein, die SED begann, sich nach anderen Legitimationsmöglichkeiten, etwa durch Rückgriff auf das Erbe deutscher Geschichte, umzusehen. Schon 1983 sprach der Publizist Peter Bender – Veränderungen in ganz Osteuropa vor Augen – vom »Ende des ideologischen Zeitalters«.<sup>16</sup> Der Verlust ideologischer Gewissheiten betraf auch die Sozialdemokratie, war freilich nicht von den Kommunisten verursacht, sondern durch die »Neue Unübersichtlichkeit« im Westen, die durch das Heraufziehen des Neoliberalismus/Neokonservatismus einerseits und der Alternativbewegungen andererseits bedingt war.<sup>17</sup>

Bemerkenswerterweise verständigten sich SPD und SED während der 1980er Jahre durch Gespräche auf Parteiebene nicht nur in sicherheitspolitischen Fragen, die aus ihrer Sicht absoluten Vorrang hatten, so über eine chemie- oder atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Vielmehr ließen sie auch durch Vertreter der Grundwerte-Kommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED, angeführt von Erhard Eppler und Otto Reinhold, ein Papier über den »Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« erarbeiten. In diesem betonten sie zwar einerseits ihre grundlegenden Gegensätze, erklärten andererseits aber nicht nur ihr gemeinsames Interesse an Frieden und Abrüstung, sondern attestierten sich gegenseitig auch ihre Friedens- und Reformfähigkeit, was im Hinblick auf die Reformfähigkeit der DDR sicherlich irrig war.<sup>18</sup> Nicht zuletzt wollten sie ihre ideologischen Auseinandersetzungen in neuen Formen führen, was auch die Zulassung von Widerspruch zu den Positionen im eigenen Land einschloss (was für die SPD selbstverständlich, für die SED aber ein erhebliches Zugeständnis war). Wenn sich auch

15 Vgl. dazu *Brandt*, Über Europa hinaus, S. 21ff.; *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 456f. und 508f.; *Antonio Muñoz Sánchez*, A European Answer to the Spanish Question. The SPD and the End of the Franco Dictatorship, in: *Journal of European Integration History* 15, 2009, H. 1, S. 77–93; *Wolfram Kaiser/Christian Salm*, Transition und Europäisierung in Spanien und Portugal. Sozial- und christdemokratische Netzwerke im Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie, in: *AfS* 49, 2009, S. 259–262.

16 *Peter Bender*, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1991.

17 Vgl. dazu *Jürgen Habermas*, Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Schriften V, München 1985, S. 141ff.; vgl. auch *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 416ff.

18 Publiziert in den Texten zur Deutschlandpolitik III/7, 1987, S. 171–181. Vgl. *Klaus Moseleit*, Die »Zweite« Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983–1989. Eine Analyse ihrer Entstehungsgeschichte, Entwicklung und der konzeptionellen Ansätze, Frankfurt am Main 1991; *Rolf Reißig*, Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED, Frankfurt am Main 2002; *Karl Giebelier/Alfred Geisel* (Hrsg.), Das SPD-SED-Dialogpapier. Ist mit der Ideologie auch der Streit erledigt?, Bad Boll 2003; *Günther Heydemann*, Politik des Dialogs. Das SED-SPD-Papier von 1987, in: *Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Jens Schöne*, 2 x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1972–1990, Halle 2013, S. 176–200; *Timothy Garton Ash*, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 468ff.; *Heinrich Potthoff*, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999, insb. S. 263f.



die SED-Führung bald wieder von dem Papier distanzierte (was Erhard Eppler zu seiner Rede zum 17. Juni 1989 veranlasste, in der er scharfsinnig die Zukunftsfähigkeit des SED-Regimes bezweifelte)<sup>19</sup>, war das Papier doch ein Symptom für das Nachlassen der Schärfe der ideologischen Auseinandersetzung.

Selbst die deutsche Frage hatte aus der Sicht der Sozialdemokraten seit den 1970er Jahren viel von ihrer Brisanz verloren. Durch den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR<sup>20</sup> hoffte man, wesentliche Probleme der Menschen in den beiden deutschen Staaten entschärfen und einen Beitrag für die Ost-West-Verständigung leisten zu können, in deren Konsequenz eine europäische Friedensordnung liegen sollte, die möglicherweise dann auch die postnationalen deutschen Staaten in ein grundsätzlich neues Verhältnis bringen könnte.<sup>21</sup> Ein weiteres Abschmelzen des ideologischen Gegensatzes war dafür allerdings zwingende Voraussetzung.

#### *Reformkommunismus oder Dissidenz als Perspektive?*

Trotz der kontinuierlichen Kommunikation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland während der 1980er Jahre ist festzustellen, dass sich auch die deutschen Sozialdemokraten mit den kommunistischen Systemen nicht abfanden, sondern diese zu verändern suchten, was von Anfang an ein – allerdings selten ausgesprochenes – Ziel der Politik des »Wandels durch Annäherung« war.<sup>22</sup> Sie hofften auf eine Zivilisierung der kommunistischen Systeme, wobei sie zunehmend auf die reformkommunistischen Kräfte setzten, die sich trotz des Rückschlags durch die Intervention der Sowjetunion und anderer Länder in der ČSSR 1968 tatsächlich mit Michail Gorbatschow in der Sowjetunion und Reformern in Ungarn in den 1980er Jahren durchsetzten. Keine Frage: Diese Politik basierte auf der Kooperation mit den kommunistischen Führungsgruppen und stellte die Stabilität der Systeme – ungeachtet des Veränderungswunsches – nicht infrage.

Zu den problematischen Aspekten dieser Politik gehörte, dass das Anwachsen von Dissidenz und Opposition in Ostmitteleuropa, das zweifellos durch die Neue Ostpolitik mit herbeigeführt wurde, zwar bei der »Charta 77«, doch nicht bei allen oppositionellen Gruppen nur positiv gesehen wurde. Zum einen glaubte man, unter den Dissidenten auch Nationalisten und rückwärtsgewandte Persönlichkeiten sehen zu können<sup>23</sup>, zum anderen betrachtete man *Solidarność* und die damit drohende Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten als eine Gefährdung der Entspannungspolitik und ihrer Errungenschaften, die man unbedingt verteidigen wollte.

Allerdings traf diese Sicht der deutschen Sozialdemokraten, von Brandt, Bahr und auch Helmut Schmidt, in den frühen 1980er Jahren bei anderen sozialdemokratischen Parteien

19 Die Rede vom 17.6.1989 ist abgedr. bei: *Erhard Eppler*, Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte 1952–1990, München 1990, S. 31–47; vgl. auch *Erhard Eppler*, Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren, Frankfurt am Main 1996, S. 173ff.

20 Vgl. dazu *Potthoff*, Im Schatten der Mauer; *Peter Bender*, Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1996.

21 Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 511ff. und 708.

22 Vgl. *Gottfried Niedhart*, Revisionistische Elemente und Initiierung friedlichen Wandels in der Neuen Ostpolitik 1967–1974, in: GG 28, 2002, S. 233–266; *ders./Oliver Bange*, Die »Relikte der Nachkriegszeit« beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 415–448.

23 Vgl. *Willy Brandt*, Wider die alten Kreuzritter. Über Bedingungen und Chancen einer künftigen Entspannungspolitik zwischen Ost und West, in: Die ZEIT, 26.8.1977, S. 3, wieder abgedr. in: *Willy Brandt*, Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, Bonn 2003, S. 206f. – Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 535ff.

auf Kritik. Insbesondere die von Brandt verfasste Stellungnahme der Sozialistischen Internationale zur Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen 1981 traf auf Widerspruch der französischen und der italienischen Sozialisten.<sup>24</sup> Zwar betonten Brandt und Schmidt ihre Sympathie für die polnischen Arbeiter, doch blieb die starke Fixierung auf das erfolgreiche deutsche Modell der Entspannungspolitik erhalten, das auf friedlichen Ausgleich durch weitere Zusammenarbeit der Regierungen und auf einen evolutionären Wandel der kommunistischen Systeme setzte.<sup>25</sup> Durch die Neue Ostpolitik war ein Verhältnis herausgebildet worden, bei dem die Feindbilder abgebaut und eine pragmatische Zusammenarbeit auf der staatlichen Ebene als in beiderseitigem Interesse liegend betrachtet wurde<sup>26</sup>, eine Einschätzung, die die CDU-FDP-Regierung unter Helmut Kohl teilte. Ungeachtet des in den 1980er Jahren fortbestehenden ideologischen Gegensatzes hoffte man vielerorts – insbesondere in der SPD – auf einen Wandel des Kommunismus, den dann nicht nur der Eurokommunismus im Westen, sondern auch Gorbatschows Politik im Osten zu verkörpern schien.

Willy Brandt, der Präsident der Sozialistischen Internationale seit 1976, war einer der ersten westlichen Politiker, der die Bedeutung Gorbatschows erkannte und mit ihm seit 1985 mehrfach zusammentraf und Zeitfragen wie das Nord-Süd-Verhältnis oder globale Umweltfragen erörterte, wobei auch der ideologische Gegensatz angesprochen wurde.<sup>27</sup> Brandt sah die Aufgabe der Sozialdemokratie nicht zuletzt darin, für »systemüberwältigende Probleme« Lösungen zu finden. Die Kommunikation mit Gorbatschow nährte bei ihm die Hoffnung nicht nur auf ein »gemeinsames europäisches Haus«, sondern auch auf einen weiteren evolutionären Prozess im kommunistischen Lager, zu dem die Frage entstand, ob er nicht am Ende geradezu zu einer »Sozialdemokratisierung« führen könne.

Auch im Westen verloren die kommunistischen Parteien immer mehr an Zustimmung. In der Bundesrepublik war die DKP parlamentarisch immer bedeutungslos, konnte freilich in bestimmten Milieus und zeitweilig auch in einigen Bewegungen wie in der Friedensbewegung, die man ansonsten als Ausdruck eines partiellen »Wandels des Politischen« sehen mag, einen gewissen Einfluss ausüben.<sup>28</sup> In Frankreich verlor die KP zunehmend an Anhängerschaft und in Italien transformierte sich die eurokommunistische Partei immer mehr in Richtung eines demokratischen Sozialismus. Die seit den ausgehenden 1960er Jahren guten Beziehungen zwischen den italienischen Kommunisten und der SPD, die

24 Vgl. dazu *Bernd Rother/Wolfgang Schmidt*, Einleitung, in: *Brandt*, Über Europa hinaus, S. 15–109, hier: S. 19ff.

25 Vgl. dazu *Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz* (Hrsg.), Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt in Polen, Bonn 2010.

26 Vgl. zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus aus der Sicht von Willy Brandt Mitte der 1980er Jahre: *Willy Brandt*, Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, hrsg. v. *Klaus Schönhoven*, Bonn 2012, S. 396–409.

27 Vgl. *Willy Brandt*, Erinnerungen, Frankfurt am Main 1989, S. 403ff.

28 Zur Diskussion über die Friedensbewegung vgl. *Jeffrey Herf*, War by Other Means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles, New York 1991; *Jürgen Maruhn/Manfred Wilke* (Hrsg.), Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, München/Wien 2002; *Udo Baron*, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«, Münster 2003; *Michael Ploetz/Hans Peter Müller*, Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster/Hamburg 2004; *Gerhard Wettig*, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1986, in: VfZ 57, 2009, S. 217–259; *Holger Nehring/Benjamin Ziemann*, Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung, in: VfZ 59, 2011, S. 81–100; *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 709ff.; *Jan Hansen*, Zwischen Staat und Straße. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1979–1983, in: AfS 52, 2012, S. 517–553.

unter anderem in einem Treffen zwischen Brandt und Enrico Berlinguer 1977 manifest wurden, setzten sich in den 1980er Jahren fort.<sup>29</sup>

Aufs Ganze gesehen handelten die Sozialdemokraten in den 1980er Jahren nicht mehr unter jenem existenziellen Gegensatz zu den Kommunisten, der in der Nachkriegszeit geholfen hatte, sozialpolitische Zugeständnisse bei den »bürgerlichen« Parteien und den hinter ihnen stehenden Kräften durchzusetzen. Der Kommunismus hatte inzwischen viel von seiner Bedrohlichkeit eingebüßt, wenn auch eine gewisse Unsicherheit blieb, zumal Gorbatschows Machtposition in der Sowjetunion keineswegs völlig unbestritten schien. Jedenfalls war es plausibel, Gorbatschow und die Reformkräfte zu unterstützen.

Zugleich aber ist zu konstatieren, dass es zwischen den Oppositionsgruppen im Osten und der Sozialdemokratie im Westen nur lockere Verbindungen gab. Was die deutsche Sozialdemokratie betrifft, so pflegte die Partei – neben guten Kontakten einzelner sozialdemokratischer Abgeordneter wie Gert Weisskirchen und Freimut Duve zu Oppositionellen – ihre Beziehungen in den Bereich der Evangelischen Kirche der DDR und auch die Verbindungen von Parteigliederungen zu *Solidarność*.<sup>30</sup> Insgesamt aber setzte man eher auf eine Reform der kommunistischen Systeme als auf eine Kooperation mit den Dissidenten. So ist retrospektiv festzustellen, dass die Sozialdemokratie – und die meisten westlichen Beobachter – die Situation im kommunistischen Herrschaftsbereich in den ausgehenden 1980er Jahren nur teilweise zutreffend erfasst und insbesondere die Revitalisierung des Liberalismus in Osteuropa durch Bürgerrechtsgruppen wohl unterschätzt haben, offenbar auch den medial geförderten elementaren Drang der Menschen, besser zu leben.<sup>31</sup>

#### *Neue Herausforderungen und Probleme der Sozialdemokratie*

Wenn die 1980er Jahre, anders als die 1970er Jahre, kein »gutes Jahrzehnt« für die Sozialdemokratie in Europa waren, so hing dies mit ökonomischen und soziokulturellen Prozessen ebenso zusammen wie mit Themenwechseln und Veränderungen des Zeitklimas. Die Sozialdemokraten büßten die Meinungsführerschaft ein, die sie in den 1970er Jahren ganz überwiegend besessen hatten. Diesen Tatbestand zuspitzend hat Andreas Wirsching die These vertreten: »Im Grunde war um 1980 das Projekt des demokratischen Sozialismus auch in seiner europäischen Dimension, wie es etwa Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky repräsentierten, in die Krise geraten, wenn nicht faktisch beendet.«<sup>32</sup> Auch wenn man dies als überzogen betrachten mag, so lässt sich schwerlich bestreiten, dass die Sozialdemokratie in den 1980er Jahren in eine Zeit des Umbruchs eintrat.

Der Rückgang der Zahl der Arbeiter setzte sich in den 1980er Jahren nicht nur fort, sondern die Arbeitnehmerschaft differenzierte sich mit dem Rückgang der alten Industrien und großbetrieblicher Strukturen und der Tertiärisierung der Wirtschaft weiter. Dies hatte bei manchen nationalen Unterschieden die Konsequenz der politisch-gesellschaftlichen Entthomogenisierung der Arbeitnehmerschaft und die weitere Schwächung der Arbeitnehmerschaft, was die bisherige soziale Basis der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften in den europäischen Industriestaaten teilweise der Erosion aussetzte.

29 Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 510. Vgl. *Nikolaus R. Dörr*, Die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus in der bundesdeutschen Politik 1967–1979, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2012, S. 217–232.

30 Vgl. ebd., S. 540ff. Vgl. auch *Albrecht Riechers*, Hilfe für *Solidarność*. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982, Bonn 2006, S. 63f.

31 Vgl. *Tony Judt/Timothy Snyder*, Nachdenken über das 20. Jahrhundert, München 2013, S. 206ff.

32 *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, Stuttgart 2006, S. 135.



Angesichts der Auflösung der Großmilieus, wozu auch kulturelle Prozesse wie die wachsende Bedeutung der Massenmedien beitrugen, die ihrerseits unter anderem durch die Einführung des Privatfernsehens sich ausweiteten und entpolitisierend wirkten<sup>33</sup>, mussten die Arbeitnehmer nun zunehmend als Einzelne beziehungsweise als Kleingruppen für sozialdemokratische Politik gewonnen werden. Allerdings hatten sich – in den verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Maße – neue Gruppen der Sozialdemokratie genähert, insbesondere aus dem öffentlichen Dienst, Lehrer und Angestellte sozialer Dienste, aber auch Studierende und Intellektuelle. Dadurch waren die sozialdemokratischen Parteien fast überall zu »Volksparteien« geworden, deren Anhängerschaft heterogen war und verschiedene Milieus umfasste, was innerparteilich zu Gegensätzen führte, die neben sachlichen Unterschieden auch eine soziokulturelle Dimension aufwiesen.<sup>34</sup>

Zum Problem für die sozialdemokratische Politik wurde seit 1973/74 die Wirtschaftsentwicklung. Die Ölverknappung durch den Jom-Kippur-Krieg 1973 und die anschließende Ölpreisentwicklung hatten einen wirtschaftlichen Einbruch zur Folge, der – wie sich erst nach einiger Zeit herausstellte – den großen Wachstumszyklus der Nachkriegszeit mit hohen Wachstumsraten dauerhaft beendete.<sup>35</sup> In der Folgezeit gab es nur noch verhältnismäßig schwache Zuwächse – die vorhergehenden Raten wurden nicht mehr erreicht, mit der Konsequenz, dass ein weiterer Ausbau des Wohlfahrtsstaats, der das Wachstum zur Voraussetzung hatte, nicht nur unmöglich wurde, sondern die Begrenzung der Staatsausgaben zu einer wesentlichen politischen Aufgabe der Politik machte. Dies hatte für regierende sozialdemokratische Parteien wie die SPD Konflikte mit den Gewerkschaften zur Folge.

Zugleich wurde bald deutlich, dass einerseits strukturelle Fragen wie die Verlagerung von ganzen Wirtschaftszweigen in Niedriglohnländer, andererseits aber die Interferenz von Stagnation und Inflation (unter anderem verursacht durch die Eurodollars) das keynesianische Kriseninstrumentarium zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr oder weniger unbrauchbar machten. Immerhin kam es jedoch zu dem – wesentlich auf Initiative des deutschen sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing begonnenen – Versuch der Koordinierung des wirtschaftspolitischen Verhaltens der Industrieländer durch Weltwirtschaftsgipfel mit dem Ziel, die transnationale konjunkturelle Entwicklung zu steuern.<sup>36</sup>

Da die sozialdemokratischen Parteien in manchen Ländern eng mit den alten Industrien verbunden waren, mussten sie mit diesen in eine Krise geraten. Insbesondere in England beharrte der Gewerkschaftsflügel der Labour Party auf einer Haltung, die die bisherigen Strukturen verteidigte, was zum Teil das Scheitern von Labour-Regierungen und eine anhaltende Krise der Labour Party zur Folge hatte, in der zeitweilig linke Gruppen einen großen Einfluss in der Partei erhielten. Unverkennbar erleichterte die Krise die Durchsetzung neoliberaler Politik durch Margaret Thatcher.<sup>37</sup> Die kontinentalen sozialdemokratischen Parteien zeigten sich in der Regel offener für den Wandel. Eines der Schlagworte

33 Vgl. *Holger Nehring*, Debatten in der medialisierten Gesellschaft. Bundesdeutsche Massenmedien in den globalen Transformationsprozessen der siebziger und achtziger Jahre, in: *Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching* (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009, S. 45–65.

34 Zum deutschen Fall vgl. *Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 275ff., 303f. und 463f.

35 Vgl. *Hobsbawm*, *Das Zeitalter der Extreme*, S. 360ff.; *Konrad H. Jarausch* (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

36 Vgl. dazu *Fritz W. Scharpf*, *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt am Main/New York 1987; *Winfried Süß*, *Der keynesianische Traum und sein langes Ende*, in: *Jarausch*, *Das Ende der Zuversicht*, S. 116–133; *Johannes von Karczewski*, »Weltwirtschaft ist unser Schicksal«. Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel, Bonn 2008.

37 Vgl. *Judt*, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, S. 613ff.

der deutschen Sozialdemokraten wurde in den 1980er Jahren die Strukturpolitik, die sie etwa im größten Bundesland NRW unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Rau in einer Weise zu handhaben suchten, dass der Strukturwandel des montanindustriell geprägten Ruhrgebietes, des größten industriellen Ballungsraums Europas, gefördert, doch zugleich sozial abgefedert wurde. Dies konnte zum Beispiel eine Subventionierung der heimischen Kohle – auf einem dann immer weiter abgesenkten Sockel – einschließen.

Gleichwohl blieb die Arbeitslosigkeit ein zentrales Thema, das zu Diskussionen über Arbeitszeitverkürzungen und über die Krise der Arbeitsgesellschaft führte. Die Gewerkschaft IG Metall versuchte, einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche durchzusetzen, wobei der springende Punkt die Frage des vollen Lohnausgleichs war, zu der Oskar Lafontaine, der als kommender Mann der SPD galt, wie auch zur Frage der Maschinenlaufzeiten und Flexibilisierung der Arbeit Positionen vertrat, die von denen der Gewerkschaften abwichen. Irritationen im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Bereich waren die Folge.<sup>38</sup>

Die Sozialdemokraten gerieten auch deshalb zunehmend in die Defensive, weil gleichzeitig der Neoliberalismus als wirtschafts- und davon abgeleitetes gesellschaftspolitisches Konzept dominant wurde und in die Politik Margaret Thatchers in Großbritannien und Ronald Reagans in den USA Eingang fand und sich dann weiter ausbreitete. Angebotsorientierte Politik und ein Marktradikalismus, der betriebswirtschaftliche Rationalität und den Shareholder-Value zum alleinigen Maßstab einer zunehmend globalisierten Wirtschaft erhob, schwächten die Zustimmung zum bisherigen sozialdemokratischen Politikmodell in der Öffentlichkeit.

Doch sah sich die deutsche Sozialdemokratie nicht nur durch einen bald militanten – medial zunehmend breit unterstützten – Neoliberalismus bedrängt, sondern geriet auf der anderen Seite – jedenfalls in Mitteleuropa – durch Alternativbewegungen unter Druck. Diese griffen – von Bürgerinitiativen mitgetragen, von der Neuen Linken teilweise unterstützt – Umweltbelastung und Ökologie, die Risiken der Atomkraftwerke und die Folgen von Infrastrukturprojekten, doch auch Anliegen der Neuen sozialen Bewegungen, insbesondere der ›neuen‹ Frauenbewegung und zeitweilig als Megathema den Rüstungswettlauf und die Friedensfrage auf, indem sie gegen den NATO-Doppelbeschluss, der die Rüstungsparität bei Mittelstreckenwaffen in Europa wiederherstellen sollte, erfolgreich mobilisierten.<sup>39</sup> Zu den Kennzeichen dieser Bewegungen, die sich in ihrer antietatistischen Tendenz und in ihrer Skepsis gegenüber dem Wohlfahrtsstaat partiell mit dem Neoliberalismus trafen, gehörte das Entstehen neuer Milieus, die für die Sozialdemokratie bald schwer erreichbar waren.<sup>40</sup>

Die Sozialdemokratie versuchte gleichwohl in Deutschland, wo die genannten Bewegungen früher und stärker als in Westeuropa hervortraten<sup>41</sup>, einen Teil der Fragen aufzugreifen und im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms mit der eigenen Programmatik zu verschmelzen. Dies hatte die Konsequenz, den sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zum Leitbild zu erheben, den Arbeitsbegriff neu zu definieren, das Gender-Thema zu adaptieren (was innerparteilich die Einführung der Frauenquote zur Folge hatte) sowie einen Schwenk in der Sicherheitspolitik zu vollziehen

38 Vgl. *Heinz-Gerd Hofschien* (Hrsg.), Lafontaine, SPD und Gewerkschaften. Die Wirtschaftspolitik-Debatte, Köln 1989; *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 149f.

39 Vgl. *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 593ff. Zur alternativen Milieubildung vgl. *Sven Reichardt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010.

40 Vgl. ebd.

41 Vgl. *Ferdinand Müller-Rommel*, Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen, Opladen 1993.

und zum Partner der Friedensbewegung zu werden. Dies musste Profil und Struktur der Partei verändern, die sich weiter von der traditionellen Arbeiterbewegung entfernte.

Dies alles konnte freilich nicht verhindern, dass sich die 1980 – nach einigen regionalen Vorläufern – in der Bundesrepublik gegründeten »Grünen« etablierten und die Sozialdemokratie damit der Mehrheitsfähigkeit beraubten, zumal die neue Partei, die sich als Anti-Partei stilisierte, einen fundamentalistischen Kurs einschlug, der Koalitionen von beiden Seiten her nicht zuließ. Erst mit dem Vordringen von »Realos« innerhalb der Grünen wurden Koalitionen zwischen SPD und Grünen möglich, die freilich von beiden Partnern erhebliche Kompromissbereitschaft verlangten, was das gemeinsame Regieren, wie das Beispiel Hessen zeigte, schwierig machte.

Symptomatisch für die veränderte Konstellation war, dass die Sozialdemokratie in wichtigen europäischen Ländern in den 1980er Jahren von der Regierung verdrängt wurde, so in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland, für die 1982 das »sozialdemokratische Jahrzehnt« definitiv zu Ende ging. Helmut Schmidt wurde 1982 – ermöglicht durch ein Umschwenken der zunehmend vom Neoliberalismus beherrschten FDP – durch Helmut Kohl mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums gestürzt. Und in Großbritannien regierte seit 1979 Margaret Thatcher, die mit besonderer Militanz gegen jede Form von Sozialismus vorging und sich zielstrebig für die Privatisierung von staatlichen Wirtschaftsunternehmen, eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und den Rückbau des Wohlfahrtsstaats einsetzte.<sup>42</sup> Beide Wechsel führten jeweils zu einem Linksruck in den sozialdemokratischen Parteien, was teilweise zur eigenen Selbstverständigung beitrug, doch die Rückeroberung der Macht eher erschwerte.

In Frankreich schienen die Uhren etwas anders zu gehen. 1981 wurde François Mitterrand zum Staatspräsidenten gewählt und schrieb sogleich Parlamentswahlen aus, die er gewann. Er begann mit einem sozialistischen Programm, das auf die Ausdehnung öffentlicher Kontrolle auf Banken und große Unternehmen hinauslief, vollzog jedoch im Juni 1981 eine Wende, um sich in Europa nicht zu isolieren. Nun betrieb er eine ausgesprochen pragmatische Politik, die sogar Momente des Thatcherismus übernahm.<sup>43</sup> Damit aber wurde Frankreich nicht zu einem Leitbild für die europäische Sozialdemokratie. Erst recht gilt dies für die italienischen Sozialisten unter Führung Bettino Craxi, der 1983–1987 Ministerpräsident einer Mitte-Links-Koalition war, die vor allem die Funktion hatte, die Kommunisten von der Macht fernzuhalten.<sup>44</sup>

Resümierend lässt sich – trotz vielfältiger Unterschiede in den einzelnen Ländern – sagen, dass die Sozialdemokratie in den 1980er Jahren gegenüber den 1970er Jahren an Einfluss verlor, was auch im wissenschaftlichen Raum kommentiert wurde. Jürgen Habermas meinte Mitte des Jahrzehnts die veränderte Konstellation mit dem Begriff »Neue Unübersichtlichkeit« kennzeichnen zu können, für die verschiedene quer zueinander liegende Polaritäten charakteristisch seien und dass die Linke zunehmend unter einem Utopieverlust leide.<sup>45</sup> Und Ralf Dahrendorf schrieb 1987, das »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« sei gekommen, da die Sozialdemokratie alle ihre wichtigen Ziele durchgesetzt habe.<sup>46</sup> Die Sozialdemokraten waren nach Dahrendorf

42 Vgl. dazu *Earl Aaron Reitan*, *The Thatcher Revolution. Margaret Thatcher, John Major, Tony Blair, and the Transformation of Modern Britain, 1979–2001*, Lanham, MD 2003; *Judt*, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, S. 618ff.

43 Ebd., S. 631ff.

44 In den 1980er Jahren stellte die Sozialdemokratie auch den Kanzler in Österreich. Es ist hier nicht möglich, die verschiedenen nationalen Fälle zu beleuchten.

45 *Habermas*, *Die Neue Unübersichtlichkeit*. Vgl. *Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 416ff.

46 *Ralf Dahrendorf*, *Das Elend der Sozialdemokratie*, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 41, 1987, S. 1021–1038.

»ein Jahrhundert lang treibende Kraft der politischen Entwicklung [gewesen], bis sie am Ende [...] zur natürlichen Regierungspartei wurden und prompt ihre Kraft verloren. Das Jahrhundert war in seinem Antrieb und in seinen besten Möglichkeiten sozialdemokratisch. Als es dem Ziel nahe kam, war es folgerichtig mit der Kraft der Sozialdemokraten vorbei.«<sup>47</sup>

Es bleibe ihnen nur noch, »auf verbleibende Unvollkommenheiten der von ihnen geschaffenen Welt hinzuweisen und im Übrigen das Erreichte zu verteidigen«.<sup>48</sup> So unterschiedlich beide Diagnosen auch waren: Sie reflektieren die schwierige Konstellation, durch die die Sozialdemokratie in Mittel- und Westeuropa in den 1980er Jahren in die Defensive geraten war und deren Bewältigung sie noch beschäftigte, als sich Europa 1989/90 innerhalb weniger Monate grundlegend veränderte.

### III. DIE SOZIALDEMOKRATIE 1989/90

Von der Umwälzung 1989/90 in Ostmitteleuropa und dann auch in Südost- und Osteuropa wurden alle politischen Richtungen im übrigen Europa überrascht. Und doch hatten die Sozialdemokraten wohl in besonderer Weise Mühe, sich auf den revolutionären Umbruch einzustellen. Man mag dies darauf zurückführen, dass sie dezidiert den Status quo sowohl in der Anerkennung der staatlichen Grenzen als auch hinsichtlich der nur evolutionär zu verändernden politisch-gesellschaftlichen Ordnung als Rahmen für eine Politik europäischer Zusammenarbeit betrachteten. Bei der Beurteilung der Umwälzung mag mitgespielt haben, dass es zum Teil – abgesehen von Polen – weniger die klassischen Arbeitnehmerschichten als die Zwischenschichten, insbesondere Intelligenz und Kultur-eliten, waren, von denen Dissidenz und Opposition ihren Ausgang nahmen, obgleich das Rekurrieren auf Bürgerrechte auch Sozialdemokraten nicht fremd war. Im Übrigen aber fällt auf, dass Sozialdemokraten und Sozialisten bei dieser Umwälzung, die die bisherigen Realitäten infrage stellte, überwiegend – wie etwa der französische Staatspräsident Mitterrand – entsprechend ihren staatlichen Interessenlagen reagierten. Und doch gab es auch innerhalb der sozialdemokratischen Parteien unterschiedliche Positionen, wie der deutsche Fall zeigt.<sup>49</sup>

Die Mehrzahl der deutschen Sozialdemokraten wollte 1989 zunächst den Pfad bislang erfolgreicher Politik nicht verlassen, der nicht nur auf mehr Sicherheit, sondern auch auf eine weitere Zivilisierung des Verhältnisses zwischen Ost und West im Allgemeinen und den beiden deutschen Staaten im Besonderen sowie auf einen kontrollierten Wandel der kommunistischen Staaten unter Führung von Reformern hinauslief. Beeinflusst von post-nationalem Denken, das in der Bundesrepublik auf dem Hintergrund der Diskreditierung

47 Ebd., S. 1023.

48 Ebd., S. 1034. Vgl. dazu *Thomas Meyer*, Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 81ff.

49 Vgl. zum deutschen Fall, bei dem es nicht nur um das Ende der kommunistischen Herrschaft, sondern auch um die Frage der deutschen Einheit ging: *Daniel Friedrich Sturm*, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006; *Ilse Fischer* (Hrsg.), Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009; *Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff* (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001; *Bernd Faulenbach*, Die friedliche Revolution in der DDR als Herausforderung der Deutschlandpolitik der Parteien in Bonn. Dokumentation einer Ringvorlesung des Instituts für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum im Sommer-Semester 1999, Bochum 1999, S. 24–42; *ders.*, Die demokratische Linke und die Umwälzung 1989/90. Zur Bedeutung der Totalitarismustheorien in der deutschen Sozialdemokratie, in: *Schmeitzner*, Totalitarismuskritik von links, S. 377–392; *Georgios Chatzoudis*, Die Deutschlandpolitik der SPD in der zweiten Hälfte des Jahres 1989, Bonn 2005.

des Nationalen durch die NS-Zeit in den deutschen Bildungsschichten besondere Resonanz fand<sup>50</sup>, reagierten Teile der Partei, insbesondere die sogenannte Enkel-Generation auf die Tendenz, die deutsche Frage aufzugreifen, ablehnend oder skeptisch. Manchen erschien die Zweistaatlichkeit ebenso als »verdientes« Ergebnis des Zweiten Weltkriegs wie als Bedingung einer europäischen Friedensordnung.<sup>51</sup>

Allerdings wich von dieser Einschätzung ein anderer Teil der Sozialdemokratie ab. Schon am 16. Juni – im Kontext des Besuches von Gorbatschow in Bonn – betonte Willy Brandt, hoch angesehener Ehrenvorsitzender der SPD, es sei an der Zeit, dass das Trennende zwischen den beiden deutschen Staaten überwunden werde.<sup>52</sup> Einen Tag später gab Erhard Eppler in seiner Rede zum 17. Juni eine ausgesprochen kritische Einschätzung der Zukunftsfähigkeit des SED-Systems und beharrte ebenfalls darauf, dass die deutsche Frage keineswegs endgültig entschieden sei.<sup>53</sup> Aus der Sicht Brandts und Epplers konnte das Selbstbestimmungsrecht auch den Deutschen nicht vorenthalten werden.

Brandt war es auch, der im Herbst 1989 früher als andere die revolutionäre Situation erkannte, in der eine neue Politik erforderlich war. So konnte aus seiner Sicht die Wahrung der Stabilität der DDR, die Prämisse der Ostpolitik gewesen war und auch von Helmut Kohl als Maxime beachtet worden war, kein Gesichtspunkt mehr sein. Brandt schrieb im September an Hans-Jochen Vogel: »Landgewinn für staatsbürgerliche Freiheit ist kaum zu erzielen, ohne verkrustete Strukturen zu ›destabilisieren‹.«<sup>54</sup> Er begriff die Entwicklung als zunehmend revolutionär und als Herausforderung auch für die westdeutsche Politik.

Im Herbst und Winter 1989 standen sich zwei Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie gegenüber, die eine von Willy Brandt (und Repräsentanten der mittleren Generation wie Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel und Klaus von Dohnanyi) vertretene, die für die deutsche Einheit plädierte und in ihrer Wiederherstellung einen Teilprozess der Überwindung der europäischen Spaltung sah. Die andere Position, deren Protagonist Oskar Lafontaine war und welche vorrangig bei Jüngeren Anklang fand, sprach sich zwar für die Angleichung der Lebensverhältnisse in der DDR an die der Bundesrepublik aus, sah jedoch eine Wiederherstellung der deutschen Einheit ausgesprochen kritisch. Der Gegensatz von Brandt und Lafontaine und der Beifall, den beide auf dem Berliner Parteitag im Dezember fanden<sup>55</sup>, ist symptomatisch für die Schwierigkeit der deutschen Sozialdemokratie, eine gemeinsame Position 1989/90 zu finden. Allerdings verband beide Richtungen letztlich doch die positive Wertung des Endes der SED-Diktatur – die Divergenz bezog sich im Herbst/Winter 1989/90 auf die Frage der deutschen Einheit, die einem Teil eine Herzensangelegenheit, anderen vorrangig eine Kostenfrage war.

Zu den nicht nur aus sozialdemokratischer Sicht wichtigen Ereignissen und Entwicklungen 1989/90 in der DDR gehörte die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989.<sup>56</sup> Sie war verknüpft mit der Entstehung von anderen

50 Vgl. *Karl-Rudolf Korte*, *Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage seit den siebziger Jahren*, Köln 1990.

51 Vgl. Protokoll vom Programmparteitag Berlin 18.–20.12.1989, Bonn o.J., S. 150ff.

52 Vgl. *Bernd Faulenbach*, *Vorrang für das Nationale? Willy Brandts Rolle im Prozess der deutschen und der europäischen Einigung 1989/90*, in: *Bernd Rother* (Hrsg.), *Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse*, Bonn 2011, S. 270–284, hier: S. 273ff.

53 Die Rede Epplers ist abgedr. in: *Eppler*, *Reden auf die Republik*, S. 31–47.

54 Schreiben des SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt an den SPD-Vorsitzenden Jochen Vogel am 15. September 1989, abgedr. in: *Willy Brandt*, *Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992*, Bonn 2009, S. 368f.

55 Vgl. Protokoll vom Programm-Parteitag Berlin 18.–20.12.1989.

56 Vgl. dazu *Martin Gutzeit/Stephan Hilsberg*, *Die SDP/SPD im Herbst 1989*, in: *Eberhard Kuhrt* (Hrsg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. 607–686; *Dieter Dowe* (Hrsg.), *Von der Bürgerbewegung zur Partei*.



Bürgergruppen, die Plattformen für die Diskussion mit Staat und Partei bildeten, dabei jedoch im Grunde im Vorpolitischen blieben, auch wenn sie bürgerrechtliche und teilweise auch basisdemokratische Ziele zu vertreten suchten.<sup>57</sup> Die Gründer der SDP wollten in den politischen Raum vorstoßen: Sie wollten eine Partei mit einer festen Organisation aufbauen und stellten damit die Machtfrage. Und indem sie eine Sozialdemokratische Partei anzielten, die angeblich in der SED aufgegangen war, stellten sie die Gründungslegende der Staatspartei der DDR infrage.<sup>58</sup>

Die Idee, eine sozialdemokratische Partei wiederzugründen, tauchte an verschiedenen Stellen in der späten DDR auf.<sup>59</sup> Es ging dabei teils um eine Reform, zunehmend aber um eine Überwindung des SED-Systems. Konkrete Realisierungsversuche aber unternahm wohl nur Martin Gutzeit und Markus Meckel, zwei philosophisch gebildete Pfarrer, die seit Jahren in der Friedens- und Bürgerbewegung engagiert waren<sup>60</sup> und am 26. August 1989 im Kontext eines Menschenrechtsseminars in Berlin aus Anlass des 200. Jahrestages der Proklamation der Menschen- und Bürgerrechte in der Französischen Revolution ihren Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei vortrugen, in dem der Wahrheits- und Machtanspruch der SED infrage gestellt und eine umfassende Demokratisierung der DDR gefordert wurde. Ziele sollten eine »ökologisch orientierte soziale Demokratie« mit einer »klaren Trennung von Staat und Gesellschaft« sein; Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft waren wichtige Programmpunkte.<sup>61</sup>

Wenn von den vier Unterzeichnern des Gründungsaufrufs drei Pfarrer<sup>62</sup> waren und auch bei der Gründung in einem Pfarrhaus nördlich von Berlin – in Schwante – eine ganze Reihe von Pfarrern und kirchlich orientierten Menschen anwesend war – was zur Ironisierung der Partei als »Pastorenpartei« führte –, so verweist dies auf die besondere Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR als einzige demokratisch strukturierte und vom SED-System

- 
- Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993; *Wolfgang Herzberg* (Hrsg.), Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993; *Faulenbach/Potthoff*, Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90. *Markus Meckel*, Die Forderung nach Grundrechten und die Umwälzung 1989, in: *Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff* (Hrsg.), Die Revolution 1848/49 und die Tradition der sozialen Demokratie in Deutschland, Essen 1998, S. 81–100; *Steffen Reiche*, Die Gründung der SDP in der DDR und die erste Kontaktaufnahme mit der SPD. Ein Bericht zur Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, in: *Franz-Josef Jelich/Stefan Goch* (Hrsg.), Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach, Essen 2003, S. 193–203, darin insb. *Konrad Jarausch*, »Die notwendige Demokratisierung unseres Landes« – Die Rolle der SDP im Herbst 1989, S. 52–68.
- 57 Vgl. dazu neben *Kuhr*, Opposition in der DDR, die Fragestellung von *Detlef Pollack/Jan Wielgohs* (Hrsg.), Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989, Wiesbaden 2010.
- 58 Der Zusammenschluss von KPD und SPD, der mit Zwang und Druck 1945/46 durchgeführt worden war, fungierte in der späten DDR als inhaltlich entleertes symbolisches Ereignis der antifaschistisch-demokratischen Neuordnung, auf der die DDR aufbaute.
- 59 Vgl. dazu *Rainer Eppelmann*, Gottes doppelte Spur. Vom Staatsfeind zum Parlamentarier, Holzgerlingen 2007, S. 274 und 139ff.; vgl. auch die Zeitzeugengespräche I und II in: *Faulenbach/Potthoff*, Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, S. 15ff. und 29ff.
- 60 Zu diesen vgl. auch *Markus Meckel/Martin Gutzeit*, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994.
- 61 Der Aufbruch ist abgedr. im Anhang von: *Gutzeit/Hilsberg*, Die SDP/SPD im Herbst 1989, S. 679.
- 62 Pfarrer waren Martin Gutzeit, Markus Meckel und Arndt Noack, der vierte im Bunde war Ibrahim Böhme, der in verschiedenen Berufen gearbeitet hatte, unter anderem als Bibliothekar und Dramaturg. Zum ersten Sprecher (Vorsitzenden) wurde der – aus einem Pfarrhaus stammende – Informatiker Stephan Hilsberg gewählt.

unabhängige Organisation, die der Opposition in der DDR so etwas wie ein Dach bot. Ein Stück weit war zudem die Oppositionsbewegung protestantisch eingefärbt. Dass es in Teilen der Kirche eine besondere Präferenz für die Sozialdemokratie gab, hängt mit der Geschichte des gesamtdeutschen Protestantismus zusammen, in dem die aus der Bekennenden Kirche erwachsene Richtung, die durch die Theologie Dietrich Bonhoeffers und Karl Barths geprägt war, sich in der Nachkriegszeit der SPD annäherte und teilweise mit der SPD verband – in der SPD wurde sie repräsentiert durch Gustav Heinemann, Johannes Rau, Diether Posser und Jürgen Schmude, die ursprünglich deutschlandpolitisch in der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) engagiert waren.<sup>63</sup>

Kam auch der Gründungsimpuls zur SDP aus dem protestantischen Raum, so verbreiterte sich die Partei doch schon bald. Sie übte zunehmend eine Anziehungskraft auf Leute aus, die eine neue Politik jenseits der Oppositionsgruppen mit ihrem spezifischen intellektuellen Flair aktiv gestalten wollten. Nimmt man die auf dem Leipziger Parteitag im Februar 1990 gewählte Führungsgruppe als Maßstab, so fallen vor allem Ingenieure und Techniker, Naturwissenschaftler und Ärzte verschiedener Fachrichtungen bis hin zu Tierärzten auf, die in der West-SPD kaum vertreten waren.<sup>64</sup> Es waren die nicht von der SED in Anspruch genommenen Teile der Intelligenz, die 1989/90 eine besondere Rolle spielten. Dass Arbeitnehmervertreter und Gewerkschafter in der neu gegründeten Partei zunächst fehlten, gehört zu den problematischen Folgen der politisch-gesellschaftlichen Gründungskonstellation, in der die Arbeiter sich kaum unabhängig von den Gewerkschaften engagierten.

Zweifellos war die SDP/SPD 1989/90 in der DDR eine Neugründung, die keinerlei personelle oder organisatorische Kontinuität zur SPD der frühen Nachkriegszeit (oder gar der Weimarer Republik) aufwies, sieht man von persönlichen Wurzeln Einzelner ab. Die sozialdemokratische Parteitradition war im SED-Staat weitgehend liquidiert, die sozialdemokratischen Hochburgen geschleift worden; »Sozialdemokratismus« war über viele Jahre von der SED bekämpft worden. Die Gründer knüpften nicht an die frühere SPD in Mitteldeutschland an, ihr Vorbild war die westdeutsche Sozialdemokratie der 1970er Jahre, die SPD Brandts und Schmidts, ihre Reform- und Friedenspolitik, deren Politikansätze sie für die DDR zu adaptieren suchten.

Da die Neugründung vor allem eine Absage an die SED war, tat sich die neue Partei auch bei der Aufnahme früherer SED-Mitglieder schwer. Die junge Partei fürchtete, von Alt-Kadern der SED majorisiert zu werden. Als der bisherige Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer mit einer größeren Zahl von SED-Mitgliedern 1989/90 der SDP/SPD in der DDR beitreten wollte, wurde ihm signalisiert, dass er zwar als Einzelner, doch nicht als Gruppe willkommen sei.<sup>65</sup> Die sich gerade bildende, noch wenig gefestigte Partei war in dieser Frage in einer dilemmatischen Situation. Sie brauchte kompetente neue Mitglieder und musste diese dann fürchten, wenn sie ihre bisherigen SED-Denk-muster und Netzwerke mitbrachten.

Die Gründung erfolgte organisatorisch zwar völlig unabhängig von der West-SPD, in der es anfangs sogar ein Zögern gegenüber der neuen Partei gab<sup>66</sup>, und basierte auch auf

63 Zur GVP Heinemanns vgl. *Josef Müller*, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957, Düsseldorf 1990.

64 Die Geschichte der SPD in der DDR im Jahre 1990 ist bislang unzureichend erforscht. Der Verfasser schreibt hier als Zeitzeuge.

65 Vgl. dazu *Manfred Wilke*, »Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige«. Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90. Interview mit Wolfgang Berghofer, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2007, S. 396–421, hier: S. 420f.

66 Vgl. dazu *Sturm*, Uneinig in die Einheit, S. 147ff.; *Reiche*, Die Gründung der SDP in der DDR; West-SPD und DDR-Sozialdemokraten, Zeitzeugengespräch III, in: *Faulenbach/Potthoff*, Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, S. 73ff.

Erfahrungen in der DDR, doch schöpfte sie politisch in erheblichem Maße aus dem breiten sozialdemokratischen Ideenstrom, der seit Jahrzehnten nur im Westen weitergeführt worden war. Wenn das bereits am 7. Oktober 1989 diskutierte und verabschiedete Statut feststellte, dass die sozialdemokratische Partei in der DDR »Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen [vereinigte], die sich den Traditionen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie der Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Umwelt verpflichtet fühlen«<sup>67</sup>, so war dies ein Bekenntnis zum weltanschaulichen Pluralismus und zum Verzicht auf Glaubensaussagen, wie es für die SPD seit Godesberg charakteristisch war. Gleichzeitig aber wurde der scharfe Gegensatz zur SED manifest. Schon in einem Entwurf Gutzeits und Meckels vom Mai 1989 standen die klaren Sätze:

»Wir leben unter Bedingungen des angemessenen, geschichtsmetaphysisch begründeten Macht- und Wahrheitsanspruchs einer Partei, die diesen Anspruch institutionell in Staat und Gesellschaft zementiert hat und sich durch ihre Ideologie legitimiert glaubte, alle ihre möglichen Mittel einzusetzen, um diese Situation zu perpetuieren, obgleich sie ideologisch, politisch, wirtschaftlich und ökologisch in weiten Bereichen abgewirtschaftet hat. Ohne ausdrückliche Bestreitung ihres Macht- und Wahrheitsanspruchs und seiner Begründungen, d.h. der geistigen Grundlagen des Stalinismus, hat eine demokratische Reform keine Aussicht auf Erfolg.«<sup>68</sup>

Das Macht- und Wahrheitsmonopol der SED wurde erst im Herbst 1989 gebrochen.

Die neue Partei war jedoch mehr als eine Anti-SED, wie Selbstverständnis und Programmatik zeigten. Schon im Gründungsstatut definierte sie sich als »demokratische Volkspartei, die für alle Schichten der Bevölkerung offen ist«. Sie trat für die »parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität« ein.<sup>69</sup> Die Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten, des demokratischen Rechtsstaats und der Gewaltenteilung waren weitere wichtige Punkte. Auch die Aussagen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verraten die Orientierung an sozialdemokratischen Vorstellungen des Westens, auch wenn einige Begriffe aus der marxistischen politischen Ökonomie stammen: Monopolisierung und Zentralisierung ist entgegenzutreten, »unvermeidliche Monopole« aber sind der demokratischen Kontrolle zu unterwerfen sowie auf die ökonomische Effizienz und Umweltverträglichkeit zu überprüfen. Wenn die Ökologie eine wichtige Rolle spielte, so lässt auch dies die Partizipation an den Diskussionsprozessen der West-SPD erkennen, die bei der Vorbereitung des Berliner Programms geführt wurden, das im Dezember 1990 verabschiedet wurde. Ziel der Sozialdemokratie in der DDR war »eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen«.<sup>70</sup> Einzelforderungen waren Mitbestimmung, Miteigentum für »diejenigen, die Werte schaffen«. Ökologische Kosten aber seien in das Marktgeschehen einzubeziehen. Nicht zuletzt trat man für demokratische Gewerkschaften ein. Dass sich noch keine Hinweise auf die Konsequenzen des verschärften globalisierten Wettbewerbs finden, ist sicherlich symptomatisch für die damalige Wahrnehmung des westlichen Systems.

Zwar wuchs die Partei nach ihrer Gründung Anfang Oktober 1989 nicht so schnell, wie manche im Westen annahmen.<sup>71</sup> Gleichwohl war die SED, die sich als kommunistische

67 Statut der Sozialdemokratischen Partei in der DDR-SDP, abgedr. im Anhang bei: *Gutzeit/Hilsberg*, Die SDP/SPD im Herbst 1989, S. 681f.

68 Zit. nach: ebd., S. 615.

69 Ebd., S. 681f.

70 Ebd. – Die Positionen wurden in dem auf dem Leipziger Parteitag beschlossenen Programm bestätigt.

71 Zur weiteren Entwicklung der SPD in der DDR 1990 vgl. jetzt *Ilse Fischer* (Hrsg.), Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland. Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter. Dokumentation einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23./24. September 2010 in Berlin, Bonn 2013.

Partei verstanden hatte, beunruhigt. Zweifellos war die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR kein unwesentlicher Faktor bei der Destruktion und schließlichen Auflösung des SED-Regimes, dessen Erbe die zur SED/PDS transformierte SED anzutreten versuchte.

Die Bedeutung der Neugründung der Sozialdemokratie 1989 in der DDR ist mithin in mehrfacher Hinsicht relevant:

1. Sie erfolgte unabhängig von der West-SPD und war doch kommunikativ mit dem Westen verbunden und wurde dann auch von der West-SPD unterstützt, was zu ihrem relativen Erfolg – auf der Folie der Entwicklungen in den ost- und südosteuropäischen Ländern – beigetragen hat.
2. Sie war – abgesehen vom Bündnis 90 – die einzige wirkliche parteipolitische Neugründung im Herbst 1989/90, die übrigen Parteien waren gewendete Blockparteien des SED-Systems.
3. Sie politisierte die Diskussion des Herbstes 1989 ganz entscheidend. Sie gab Anstöße, nicht nur über Kommunikationsmängel und Missstände zu reden, sondern das ganze politische System infrage zu stellen. Sie hat damit den Umwälzungsprozess vorangetrieben. Sie hatte wesentlichen Anteil daran, dass die Bevölkerung der zusammenbrechenden DDR über Proteste hinaus politisch artikulationsfähig wurde.

Die friedliche Revolution 1989 in der DDR wies durchaus eine sozialdemokratische Komponente auf. Es ging um Freiheitsrechte, aber eben auch um die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse. Dies war in den meisten anderen Ländern des Ostens nicht viel anders, nur dass hier eine neu gegründete sozialdemokratische Partei nicht zur Verfügung stand, sondern es eher Versuche gab, reformkommunistische Positionen zu sozialdemokratischen weiterzuentwickeln.

Nach der Ablösung oder Zurückdrängung der kommunistischen Staatsparteien entstand ein gewisses Vakuum, das die bisherige Opposition in der Regel nicht dauerhaft füllen konnte, sodass die traditionellen parteipolitischen Richtungen teilweise wieder entstanden, ohne freilich sich in den Gesellschaften und Bevölkerungen auf Substrukturen abstützen zu können, was die neuen Parteien zu mehr oder weniger fluiden Größen machte.<sup>72</sup>

Für die bundesdeutsche Sozialdemokratie ergab sich nach der Anerkennung der SDP/SPD der DDR als Partner bei der Volkskammerwahl das Problem, dass die neue Partei<sup>73</sup> organisationspolitisch gänzlich unerfahren war, doch zugleich auf ihre Eigenständigkeit pochte, während sich CDU und FDP auf die Apparate der alten Blockparteien abstützen konnten, was sich zusammen mit anderen Momenten im Ergebnis in der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und dann auch in der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 niederschlug.

Die SPD in der Bundesrepublik traf sich mit der DDR-SPD bald darin, besonders soziale Probleme des Vereinigungsprozesses aufzugreifen.<sup>74</sup> Trotz der bedeutenden Rolle, die Willy Brandt im Herbst 1989 spielte, und der konstruktiven Mitarbeit der Sozialdemokraten der DDR in Volkskammer und Ministerrat sowie in der SPD-Bundestagsfraktion unter Führung Hans-Jochen Vogels fiel der eigentliche Ruhm der deutschen Vereinigung, für die bald durchweg der Begriff Wiedervereinigung gebraucht wurde, Kanzler Helmut

72 Zur unterschiedlichen Rolle der demokratischen Opposition in den ostmitteleuropäischen Umbrüchen 1989 vgl. *Pollack/Wielgohs*, Akteure oder Profiteure.

73 Vgl. dazu auch *Markus Meckel/Steffen Reiche* (Hrsg.), »Nichts muss bleiben, wie es ist«. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD, Berlin 2010; *Bernd Faulenbach*, Die Neugründung der Sozialdemokratie in Schwante, in: *ders./Andreas Helle*, Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, Berlin 2013, S. 368–376.

74 Vgl. *Fischer*, Die Einheit sozial gestalten.

Kohl, ein wenig auch Wolfgang Schäuble und Hans-Dietrich Genscher zu. Die keineswegs unwichtige Rolle der SPD, die durch die Neue Ostpolitik Feindbilder abgebaut, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wesentlich gefördert und die deutsche Frage offengehalten hatte, wurde in den 1990er Jahren erheblich durch die Erinnerung an innerparteiliche Gegensätze 1989/90, insbesondere der Politik Lafontaines zugedeckt, was der Partei in den neuen Ländern zusammen mit der Weiterexistenz der SED/PDS auf der einen Seite und der Ablehnung jeder Form von Sozialismus auf der anderen Seite zu schaffen machte.

#### IV. PROBLEME DER SOZIALDEMOKRATIE IN DEN 1990ER JAHREN

Mit dem Untergang der kommunistischen Welt verschwand die Grundkonstellation der Nachkriegsepoche in Europa. Die Sozialdemokraten waren nach 1989 nicht mehr die scharfen Gegner der Kommunisten oder die vernünftige demokratische Alternative zu den Kommunisten im Hinblick auf gesellschaftliche Umgestaltung. Auch war ihre Aufgabe zu Ende, die kommunistischen Systeme durch eine Politik der Zusammenarbeit einzubinden und dabei zu zivilisieren und den Ost-West-Gegensatz zu überwinden.

Allerdings sahen sich auch die Sozialdemokraten – nicht nur Liberale oder auch Konservative – durch das Ende des Kommunismus bestätigt, hatten sie doch immer Freiheit und Sozialismus zusammengedacht. Doch glaubten sie nicht, dass das Ende des Kommunismus – wie der Hegelianer Francis Fukuyama meinte<sup>75</sup> – das Ende der Geschichte sei, war doch längst den meisten Sozialdemokraten angesichts der Katastrophen des 20. Jahrhunderts der traditionelle Geschichtsglaube der älteren Sozialdemokratie abhandengekommen.

Die Sozialdemokratie sah sich seit 1989/90 einer Konstellation ausgesetzt, in der sie weiter mit strukturellen Problemen zu kämpfen hatte und ihren Ort zu manchen Zeitfragen neu bestimmen musste. Ihr Politikbegriff schien immer noch in einem Transformationsprozess begriffen. Jedenfalls erfüllte sich die Erwartung des großen europäischen Sozialdemokraten Willy Brandt nicht, dass die Umwälzung zu einer neuen Blüte der Sozialdemokratie in Europa (insbesondere in Osteuropa) führen werde. In manchen Hinsichten blies der Wind des neuen Klimas – in Gestalt des nun absolut dominanten neoliberalen Zeitgeistes – den Sozialdemokraten sogar scharf ins Gesicht.

Sicherlich hatte während der 1980er Jahre der kommunistische Osten, außer im militärischen Bereich, auf keinem Feld für den Westen mehr eine wirkliche Herausforderung dargestellt. Und doch wirkte sich das Verschwinden der kommunistischen Welt 1989–1991 in Europa in der Folgezeit psychologisch als weitere Stärkung und Ausbreitung marktradikaler Ideologie und als Schwächung der politischen Kräfte aus, deren Konzept eine Zähmung des Kapitalismus durch Regeln und das Korrektiv der Sozialstaatlichkeit angestrebt hatte.

#### *Kritik und Selbstkritik der deutschen Sozialdemokratie nach 1989*

In und nach der Umwälzung wurden Stimmen in Mittel- und Osteuropa laut, die sich nicht nur gegen den Kommunismus, sondern auch gegen die Sozialdemokratie wandten, weil diese gleiche Wurzeln hätten beziehungsweise Affinitäten zueinander aufwiesen. Dabei wurden die lange Feindschaft und die Gegensätzlichkeit im Hinblick auf das Begriffspaar Diktatur und Demokratie und andere ideologische Unterschiede verkannt. Angriffe dieser

<sup>75</sup> Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte? Wo stehen wir?*, München 1992.



Art waren Symptom eines starken Gegenschlags des Pendels weg von der Linken zur Rechten hin.

Besonders kritisiert wurde jetzt von der CDU/CSU und Teilen der Öffentlichkeit die Entspannungspolitik der deutschen Sozialdemokraten, weniger die Willy Brandts und Helmut Schmidts in den 1970er Jahren als die sogenannte »zweite Phase« der Entspannungspolitik in den 1980er Jahren, als man tatsächlich auf der Parteebene zu einer intensiveren Kommunikation und auch zu Vereinbarungen über gemeinsame Abrüstungsvorschläge und über Formen der ideologischen Auseinandersetzung kam.<sup>76</sup> Kritisiert wurde insbesondere, dass man aufseiten der Sozialdemokratie zunehmend den Diktatur-Charakter der kommunistischen Systeme ignoriert und die repressive Dimension kommunistischer Herrschaft ausgeblendet habe.<sup>77</sup> Nicht zuletzt aber habe die sozialdemokratische Politik die Bedeutung der Oppositionellen in Osteuropa, insbesondere die von Solidarność, erheblich unterschätzt und ihrer Förderung der Entspannungspolitik und der Zusammenarbeit mit den Regimen geopfert.

Tatsächlich hat sich die Sozialdemokratie in Deutschland mit dieser Kritik auseinandersetzen müssen. Egon Bahr hat eingeräumt, dass er die Bedeutung von Solidarność unterschätzt habe. Andererseits konnten er und andere darauf hinweisen, dass sie einen Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten 1980/81 in Polen befürchtet hätten, was zu schwerwiegenden Folgen für das Ost-West-Verhältnis geführt haben würde. Gegen Bahr wurde dennoch eingewandt, Osteuropa zu ausschließlich in einer etatistisch-außenpolitischen Perspektive wahrgenommen zu haben.<sup>78</sup> Die Wirkungsmächtigkeit der Oppositionsbewegungen und der für sie kennzeichnenden antietatistischen liberalen Momente wurde tatsächlich ebenso unterschätzt wie die soziale Dimension dieser Oppositionsbewegung, was die Frage entstehen lässt, warum der Sozialdemokratie, die von ihrer Entstehung her eine soziale Bewegung war, dafür teilweise im Hinblick auf Osteuropa scheinbar die Sensibilität abhandengekommen war.

In der Diskussion über die Ostpolitik und über die Umwälzung 1989/90 ist jedoch umgekehrt die Bedeutung der deutschen Ostpolitik, die von Willy Brandt auf den Weg gebracht, von Helmut Schmidt und dann auch von Helmut Kohl fortgesetzt worden ist, zunehmend hervorgehoben worden. Valentin Falin hat die Ansicht vertreten, dass Gorbatschow an der Spitze der Sowjetunion ohne die Ostpolitik und ohne des durch diese bewirkten Klimawandels nicht vorstellbar sei.<sup>79</sup> Keine Frage, dass jedenfalls der Abbau der Feindbilder die Erosion der kommunistischen Herrschaft gefördert hatte. Und die Hoffnung auf den Reformkommunismus, der 1989/90 eine entscheidende Rolle spielte, war – wie die Beispiele der Sowjetunion und Ungarns zeigen – keineswegs völlig illusionär gewesen. Die Politik Gorbatschows und die Entwicklung in Ungarn waren geradezu entscheidende Voraussetzungen für die Umwälzung 1989/90.

Allerdings wurde in der deutschen Öffentlichkeit nach 1989/90 die Geschichte der SBZ/DDR in einem deutlich kritischeren Licht gesehen, wozu auch gehörte, dass an die Verfolgung der Sozialdemokraten in der SBZ und in der DDR wieder verstärkt erinnert

76 Vgl. exemplarisch für diese Kritik *Ash*, Im Namen Europas, S. 468–483. – Zur selbstkritischen Diskussion der SPD und ihres Umfeldes vgl. *Dieter Dowe* (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989, Bonn 1993; *Heinrich Potthoff*, Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 47f.

77 Vgl. *Jens Hacker*, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin 1992.

78 Vgl. dazu die retrospektive Sicht Egon Bahrs, in der selbstkritische Momente nicht fehlen: *Egon Bahr*, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 525ff. und 570ff.; *Dowe*, Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition, S. 14 und 79ff.

79 *Valentin Falin*, Politische Erinnerungen, München 1993.

wurde.<sup>80</sup> Überlebende Opfer traten in den Vordergrund; die Speziallager der Jahre 1945–1950, die Zwangsvereinigung, der sozialdemokratische Widerstand gegen die stalinistische Diktatur, der 17. Juni 1953 und der jahrelange Kampf der SED gegen den »Sozialdemokratismus« wurden nun zu Themen. Die Aufarbeitung der Geschichte des Stalinismus und der SED-Diktatur erhielt nun auch aus sozialdemokratischer Sicht ein neues Gewicht. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde auf Initiative des Sozialdemokraten Markus Meckel vom Deutschen Bundestag eingesetzt und die Arbeit in der Kommission wesentlich von Sozialdemokraten mitgetragen.<sup>81</sup> Schon vorher war die Fixierung auf die Stasi-Problematik bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur kritisiert worden.<sup>82</sup>

Generell wurde in Europa während der 1990er Jahre der historische Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wieder stärker betont. Während der Weg des Kommunismus in einem Debakel geendet hatte, fühlten sich die Sozialdemokraten von der Geschichte letztlich bestätigt. Dennoch konnten sie vom Ende des Kommunismus nicht profitieren.

#### *Die Sozialdemokratie und der Transformationsprozess im Osten*

Die Umwälzung 1989/90 beziehungsweise 1991 unterwarf die bisherigen Länder des sogenannten »realen Sozialismus« schwierigen Transformationsprozessen, die nicht nur auf die Etablierung demokratischer Systeme, sondern auch auf den völligen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft zu Pluralismus und Marktwirtschaft gerichtet waren, was mit vielfältigen sozialen Härten verbunden war. Teilweise erhielten diese Transformationsprozesse ihre besondere Prägung durch die Dominanz neoliberaler Ideen, die in den 1980er Jahren begonnen hatte und sich nach der Umwälzung 1989/90 verstärkte. Diese galt vielen als definitives Urteil über jeden Sozialismus, nur eine Minderheit beharrte darauf, dass im Herrschaftsbereich der Sowjetunion keine sozialistische Gesellschaft, die mit Demokratie verbunden werden müsse, vorgeherrscht habe.<sup>83</sup>

Gravierender als diese ideologischen Reflexe auf die neue Situation war, dass eine neue Marktgläubigkeit im Westen und dann auch im Osten dazu führte, dass man mehr oder weniger bedenkenlos das neue Wirtschaftssystem ohne längere Übergangsfristen einführte, wobei man häufig – extrem etwa in Russland – an angelsächsischen Vorbildern orientiert war, was zu erheblichen Problemen führte. Insbesondere das offenkundige Fehlen sozialstaatlicher Korrekture hatte beträchtliche soziale Verwerfungen zur Konsequenz.

80 Vgl. *Beatrix W. Bouvier/Horst-Peter Schulz* (Hrsg.), »... die SPD aber aufgehört hat zu existieren«. Sozialdemokraten unter sowjetischer Besetzung, Bonn 1991; *Beatrix Bouvier*, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996.

81 In der Enquete-Kommission arbeiteten die Sozialdemokraten tatkräftig mit, wie die vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Bände zeigen: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 9 Bde. in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995; Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, 8 Bde. in 14 Teilbänden, Baden-Baden 1999. Vgl. *Bernd Faulenbach*, Die Auseinandersetzung mit der doppelten Vergangenheit im Deutschen Bundestag, in: *Martin Sabrow* (Hrsg.), Grenzen der Vereinigung. Die geteilte Vergangenheit im geeinten Deutschland, Leipzig 1999, S. 35–54; *Andrew H. Beattie*, Playing Politics with History. The Bundestag Inquires into East Germany, New York/Oxford 2008.

82 Vgl. *Beattie*, Playing Politics with History, S. 27f.

83 Vgl. *Thomas Grimm* (Hrsg.), Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie, Berlin 1993.

Der Fall DDR unterschied sich von den anderen Fällen nicht in der konsequenten Einführung der Marktwirtschaft, sondern in gewaltigen Hilfen, mit denen der Westen die Infrastruktur im Osten modernisierte und im Übrigen die Härten der Transformation durch Übertragung des westlichen sozialstaatlichen Systems auf den Osten milderte, was dieses System freilich an seine Grenzen stoßen ließ.

Trotz der vielfältigen Probleme vermochten sich in den früheren »realsozialistischen« Ländern sozialdemokratische Parteien (im westlichen Sinne) nur bedingt herauszubilden, was im Einzelnen noch zu untersuchen ist.<sup>84</sup> Teile der früheren Staatsparteien versuchten sich zwar in Richtung demokratisch-sozialistischer Parteien zu entwickeln, okkupierten dabei oft auch den Namen »Sozialdemokratie«, doch haftete diesen postkommunistischen Parteien eben das Image an, Kontinuitäten zu dem alten System aufzuweisen. Tatsächlich bestanden sie nicht zuletzt aus Technokraten und mehr oder weniger gewendeten Kommunisten. Zudem wurden sie – etwa in Polen – in Korruptionsaffären verwickelt. Neu gegründete eigenständige sozialdemokratische Parteien wie die in Russland blieben klein. In Polen und Ungarn erhoben mehrere Parteien den Anspruch, sozialdemokratisch zu sein. Es mangelte meist sowohl an Unterstützung durch gesellschaftliche Kräfte, etwa durch funktionierende Gewerkschaften, als auch an einer Kultur des bürgerschaftlichen Engagements, wie überhaupt die politisch-kulturellen Bedingungen für die Entstehung sozialdemokratischer Parteien nicht günstig waren. Lebendige sozialdemokratische Traditionen hatten sich nahezu nirgendwo erhalten.

Unverkennbar entwickelte sich im postkommunistischen Ostmitteleuropa angesichts der eher schwachen Bereitschaft zum politisch-gesellschaftlichen Engagement ein Trend zu Parteien, die nur eine geringe gesellschaftliche Verankerung aufwiesen. Sie waren »elitengesteuert« und kamen weitgehend ohne eine Mitgliederorganisation aus. Mit den Wählern kommunizierten sie über die Massenmedien. Sie besaßen teilweise nur eine geringe Stabilität und entsprachen damit dem diskontinuierlichen Wahlverhalten. Dass das sozialdemokratische Parteiverständnis diesem Trend widersprach, ist offensichtlich und dürfte eine der wesentlichen Ursachen für die Schwierigkeiten sozialdemokratischer Parteien sein.<sup>85</sup>

Der europäischen Sozialdemokratie gelang es insofern während der 1990er Jahre nur bedingt, in den Staaten des früheren sogenannten »realen Sozialismus« wirklich Fuß zu fassen. Die Ex-DDR beziehungsweise die neuen Bundesländer waren auch in dieser Hinsicht ein Sonderfall, doch auch hier gab es Probleme, volksparteiliche Strukturen aufzubauen.

Immerhin gelang es Sozialdemokraten aus den neuen Ländern, Erfahrungen und Probleme des Ostens in den innerparteilichen und in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Einrichtungen wie das »Forum Ostdeutschland« der Partei oder auch die Querschnittsgruppe »Deutsche Einheit« in der Bundestagsfraktion förderten die Willensbildung der ostdeutschen Sozialdemokraten. Über die ostdeutschen Probleme hinaus begannen die Sozialdemokraten aus den neuen Ländern bei vielen Themen »mitzumischen«, was im Einzelnen ebenso noch untersucht werden müsste wie der Weg der Sozialdemokratie in Brandenburg, wo die Sozialdemokraten unter Manfred Stolpe von 1990 an die Landespolitik bestimmt haben. Ob die ostdeutschen Sozialdemokraten »etatistischer und kollektivistischer« agierten als die westdeutschen<sup>86</sup>, ließe sich dann beantworten.

84 Vgl. Meyer, Die Transformation der Sozialdemokratie, S. 137ff.; Hans-Joachim Veen/Ulrich Mühlert/Franz-Josef Schlichting, Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa, Köln/Weimar/Wien 2008.

85 Frank Decker, Neue Konturen der Parteienlandschaft in Europa, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 2010, H. 1/2, S. 31–34, hier: S. 34.

86 So die These von Steffen Reiche, Zur Situation der SPD in Ostdeutschland, in: Fischer, Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland, S. 199–208, hier: S. 204.

Die Parteibildung im engeren Sinne blieb freilich in Ostdeutschland schwach. Ein Stück weit hatten die Ostdeutschen über Medien während der Jahrzehnte der Zweistaatlichkeit Teil am politischen Geschehen und damit auch am Parteiensystem des Westens gehabt – sodass es auch Vorstellungen darüber gab, was die Sozialdemokratie ausmacht. Dass dies bei Fehlen derartiger medialer Anschaulichkeit offenbar Folgen hatte, zeigt das Beispiel Sachsen, einer alten sozialdemokratischen Hochburg, in der es in besonderer Weise misslang, eine handlungsfähige Volkspartei zu bilden. Auf der anderen Seite behauptete sich die postkommunistische PDS, die für die SPD auf Bundesebene – anders als auf der Ebene der ostdeutschen Länder<sup>87</sup> – nicht bündnisfähig war, vor allem als Interessenvertretung der alten SED-Kader diente und damit die Position der Linken insgesamt in Deutschland schwächte. Die mit der Entstehung der Grünen beginnende Dominanz der Mitte-rechts-Koalition von CDU/CSU und FDP konnte sich damit bis 1998 behaupten.

Offensichtlich waren die politisch-kulturellen Voraussetzungen für die Entwicklung sozialdemokratischer Parteien – demokratisches Bewusstsein und der Willen zum Aufbau eines sozialen Rechtsstaats – in den postkommunistischen Ländern kaum gegeben. Die Hauptalternative bestand hier dementsprechend während der 1990er Jahre in der Regel zwischen gewendeten Kommunisten und bürgerlich-liberalen Parteien. Von den Schwierigkeiten im Transformationsprozess profitierten in aller Regel die Ex-Kommunisten, deren Nähe zur Sozialdemokratie untersucht werden müsste. Jedenfalls gelang es nicht, sozialdemokratische Parteien nach westlichem Muster aufzubauen.

#### *Strukturelle Schwierigkeiten im Westen*

Auch im Westen – in der Bundesrepublik und in den westeuropäischen Ländern – gab es für die Sozialdemokratie in den 1990er Jahren Probleme struktureller Art, die unabhängig von der Umwälzung 1989/90 waren und teilweise Trends vorhergehender Jahrzehnte, insbesondere der 1980er Jahre fortsetzten. Die Umstrukturierungen von Wirtschaft und Gesellschaft schienen sich sogar noch zu beschleunigen. So schrumpfte die Zahl der Arbeiter in Deutschland und anderen Industrieländern weiter, auch die der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Und auch die politischen Arbeiterparteien beziehungsweise die aus ihnen entwickelten Volksparteien hatten – bei aller Unterschiedlichkeit der Parteien und Parteiensysteme – mit dem Rückgang der festen Anhängerschaft, bei Mitgliedern wie Wählern, zu kämpfen.<sup>88</sup> Immigranten für die sozialdemokratischen Parteien zu gewinnen, erwies sich – auch wegen mancher Reibungen mit der traditionellen Klientel – zunächst als schwierig und war nur längerfristig eine Perspektive.

Bestimmte Trends, die alle Parteien betrafen<sup>89</sup>, wirkten sich in besonderer Weise auf die Sozialdemokratie aus: die weitere Erosion älterer Milieus, ein neuer soziokultureller Individualisierungs- und Pluralisierungsschub des Verhaltens und der Lebensstile, teilweise auch unter den Arbeitnehmern, die tendenziell eine Abwendung von der Politik beziehungsweise ein Nachlassen der Bindfähigkeit der Parteien zur Folge hatte. Auch die wachsende Komplexität von Politik (die von vielen Arbeitnehmern als Undurchschaubarkeit wahrgenommen wurde) auf der einen Seite und die zunehmende Ohnmacht von Po-

87 1994 entstand das »Magdeburger Modell«, bei dem sich eine rot-grüne Koalition unter Ministerpräsident Reinhard Höppner von der PDS tolerieren ließ; 1998 bildete dann Harald Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern eine Koalition von SPD und PDS – beide Varianten führten zu Kontroversen in Partei und Öffentlichkeit.

88 Vgl. *Oddbjørn Knutsen*, *Class Voting in Western Europe. A Comparative Longitudinal Study*, Oxford 2006.

89 Vgl. *Andreas Wirsching*, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 318ff.

litik im Hinblick auf die Lösung von Problemen wie der Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite förderten die Entfremdung von Politik.<sup>90</sup> Ein Teil der sozial Schwächeren (aus dem unteren Drittel der Gesellschaft) beteiligte sich bald nicht mehr an Wahlen oder tendierte zu populistischen Parteien.

Zu schaffen machte den sozialdemokratischen Parteien auch die Finanzkrise des Staats, die den Sozialstaat unter Druck setzte, zumal sich der Wettbewerb der Standorte weiter verschärfte und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch zu einem Ziel sozialdemokratischer Politik wurde. Das neoliberale Zeitklima, die Rufe nach Deregulierung und Privatisierung, bei gleichzeitig wachsender Bedeutung des ökologischen Faktors veränderten, das heißt verengten die politischen Gestaltungsräume für die Sozialdemokraten. Neue Fragen wie die wachsende Immigration und Schwierigkeiten der Integration tauchten auf und machten nicht nur den »bürgerlichen« Parteien, sondern auch den sozialdemokratischen Parteien zu schaffen. Diverse Probleme in den verschiedenen Ländern, in der deutschen Sozialdemokratie häufige Führungswechsel, die sich als Machtkämpfe interpretieren lassen (die in dieser Form der Sozialdemokratie bis dahin fremd waren), doch partiell Ausdruck des Verlustes politischer Kultur in der Sozialdemokratie waren, verschärfen die Probleme.<sup>91</sup>

Einer näheren Untersuchung bedarf die Frage, inwieweit die Europäische Kommission unter Führung des französischen Sozialisten Jacques Delors (1985–1995 Präsident der Kommission) ein demokratisch-sozialistisches Gegengewicht zum Neoliberalismus gebildet hat. Tony Judt hat die Richtlinien, die die europäische Kommission in jenen Jahren vorlegte, ironisch als »Ersatz für das abhanden gekommene Erbe eines bürokratischen Sozialismus fabianischer Prägung« bezeichnet.<sup>92</sup>

Ab Mitte des Jahrzehnts gelang es Sozialdemokraten in einigen wichtigen Ländern – auch aufgrund von Verschleißerscheinungen amtierender Regierungen –, wieder als regierungsfähige Alternative wahrgenommen zu werden. Sie drängten dabei politisch zur Mitte und akzeptierten Teile einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, das heißt, sie versuchten sich in gewisser Hinsicht dem neoliberalen Zeitklima anzupassen – was etwa in der partiellen Aufgabe des Widerstandes gegen Privatisierungsbestrebungen zum Ausdruck kam – und doch sozialdemokratische Ziele anzusteuern.<sup>93</sup> Sowohl die neue Regierung Tony Blairs und ihre New-Labour-Politik in Großbritannien als auch das rot-grüne Projekt unter Gerhard Schröder in Deutschland seit 1998 sind Beispiele für eine Politik des »Dritten Weges«, die Solidarität und Sozialstaatlichkeit mit dem Gesichtspunkt der Eigenverantwortung zu verknüpfen suchte.<sup>94</sup> Sie nahmen damit neoliberale Ideen ein Stück weit in sozialdemokratische Konzepte hinein, was die bisherigen Links-rechts-Gegensätze relativierte und die innerparteilichen Spannungen erhöhte.<sup>95</sup>

90 Vgl. *Russel J. Dalton/Martin P. Wattenberg* (Hrsg.), *Parties Without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Oxford 2000.

91 Vgl. *Bernd Faulenbach*, *Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2012, S. 217ff.

92 *Judt*, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, S. 923f.

93 Vgl. zum deutschen Fall *Sebastian Nawrat*, *Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten seit 1982*, Bonn 2012.

94 Zum Konzept der dritten Wege, die von der Forschung noch zu untersuchen sind, vgl. *Antony Giddens*, *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt am Main 1998; *Thomas Meyer*, *Die Zukunft der sozialen Demokratie*, Bonn 2005. Zur britischen Entwicklung vgl. *Reitan*, *The Thatcher Revolution*.

95 Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, *Nach dem Boom*, S. 76ff.



### *Außenpolitische Orientierungen nach Ende der Blockkonfrontation*

Das Verschwinden der kommunistischen Staaten ließ alle außen- und sicherheitspolitischen Konzepte der 1980er Jahre 1989/90 obsolet erscheinen. Das große sozialdemokratische Projekt der Nachkriegszeit, die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, war an sein Ziel gekommen, ohne dass dies allen Sozialdemokraten bewusst geworden wäre. Jedenfalls galt es, nun auch außenpolitisch neue Ziele zu bestimmen. Ein Teil der Parteien fand sie im europäischen Prozess.

Die sozialdemokratischen Parteien sprachen sich in der Regel – sieht man von der Labour Party ab – für eine Vertiefung der europäischen Gemeinschaft und für ihre Erweiterung nach Osten aus (Letzteres war bei der deutschen Sozialdemokratie in der Konsequenz ihrer Ostpolitik und ihres Eintretens für eine europäische Friedensordnung entschiedener der Fall als bei den westeuropäischen Parteien), was den Maastricht-Prozess und die Schaffung einer gemeinsamen Währung überwiegend einschloss, auch die Bekämpfung des vielerorts – insbesondere im östlichen Europa – an Boden gewinnenden Nationalismus.<sup>96</sup>

Eine Reihe von Konflikten in und außerhalb Europas ließ freilich die Frage nach der Haltung zu militärischen Interventionen »out of area« entstehen. Vor allem die deutsche Sozialdemokratie blieb Anfang der 1990er Jahre selbst gegenüber »robusten« Blauhelmeinsätzen zurückhaltend, wie der Bremer Parteitag 1991 zeigte, bei dem Willy Brandt, der von einer größeren internationalen Verantwortung des vereinigten Deutschlands ausging, sich unter Bedingungen sogar bei Militäreinsätzen für eine deutsche Beteiligung unter UN-Mandat aussprach, doch den Parteitag nicht überzeugen konnte.<sup>97</sup> Das BVG-Urteil von 1994 veränderte dann die rechtlichen Rahmenbedingungen, doch ein wirklicher Wandel der deutschen sozialdemokratischen Position trat erst mit dem Kosovokrieg ein, als die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter dem Eindruck, dass ein Genozid drohe, sich gerade auf dem Hintergrund der deutschen Geschichte entschloss<sup>98</sup>, deutsche Streitkräfte an Militäroperationen zu beteiligen, womit der deutsche sozialdemokratische Sonderweg in der Sicherheitspolitik ein Ende hatte. Der Wandel dieser Position ist hier allerdings nicht mehr zu untersuchen.

Aufs Ganze gesehen ist die Interferenz zahlreicher Probleme während der 1990er Jahre offensichtlich, welche die politische Wirksamkeit der Sozialdemokratie entscheidend hemmte oder begrenzte.

### V. RESÜMEE

1989/90 war für die deutsche Sozialdemokratie vor allem deshalb eine Zäsur, weil sie entschiedener als die anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, erst recht als die sogenannten »bürgerlichen Parteien«, an der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes gearbeitet hatte – eine Aufgabe, die danach entfiel. Sie musste nun eine neue europäische Gestaltungsaufgabe erst entwickeln. Ansonsten aber wirkte die Umwälzung 1989/90 vorrangig als Katalysator politisch-gesellschaftlicher Prozesse, der Neoliberalismus und

96 Vgl. *Judt*, Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, S. 766ff.; *Wirsching*, Der Preis der Freiheit, S. 78ff.; *Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich* (Hrsg.), »Transformationen« der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006.

97 Vgl. Protokoll vom Parteitag Bremen 18.–31. Mai 1991, S. 191–204, hier: S. 201ff. Vgl. dazu und zum Folgenden *Michael Herkendell*, Deutschland. Zivil- oder Friedensmacht? Außen- und sicherheitspolitische Orientierung der SPD im Wandel (1982–2007), Bonn 2012.

98 Aus der NS-Zeit wurde nun nicht mehr »Nie wieder Krieg!«, sondern »Nie wieder Genozid!« gefolgert. Vgl. *Rudolf Scharping*, Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin 1999.

Marktradikalismus zusätzlich förderte, sodass die sozialdemokratischen Parteien ihren Gestaltungsspielraum erst neu bestimmen mussten.

Die Umwälzung 1989/90 lag im Grunde quer zu den Gegensätzen in westlichen Parteiensystemen. Die Sozialdemokratie hat zwar mit ihrer Politik, insbesondere die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Neuen Ostpolitik, Prozesse in Gang gesetzt, die 1989/90 ermöglicht haben, sie war dennoch von den Ereignissen so überrascht, dass sie bei der Deutung der Vorgänge keine Meinungsführerschaft erlangte. So hat sie alles in allem – sieht man von Willy Brandt und der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei in der DDR ab, die beide bedeutsam waren – keine herausragende Rolle in der Umwälzung gespielt.

Obgleich durch die Umwälzung vielfältige neue soziale Probleme entstanden, welche die Sozialdemokraten durchaus aufgegriffen haben, hat die Sozialdemokratie davon bei Wahlen nur wenig profitieren können. Dies lag zum einen an der Kontinuität struktureller ökonomisch-sozialer Probleme seit den 1980er Jahren im Westen, die den sozialdemokratischen Parteien Transformationsprozesse ihres Politikverständnisses abverlangten, und zum anderen an der Schwierigkeit, in den kommunistischen Gesellschaften sozialdemokratische Parteien aufzubauen, deren Politik sich zur Polarisierung und Mobilisierung wenig eignete und für die auch wichtige politische, gesellschaftliche und kulturelle Voraussetzungen fehlten. Das scharfe Ausschlagen des richtungspolitischen Pendels nach dem Ende kommunistischer Herrschaft zu liberalen und konservativen Positionen ließ nicht nur den »realen Sozialismus« sowjetischer Prägung als völlig obsolet erscheinen, sondern hemmte psychologisch auch die Sozialdemokratie und ihre Politik, zumal – so in Deutschland – die Zersplitterung der Linken – neben den Grünen konnte sich hier die SED-Nachfolgepartei PDS etablieren – zunahm.

In dieser Konstellation versuchten die deutsche und andere sozialdemokratische Parteien in Europa, Neoliberalismus und Marktradikalismus auf der Basis der Anerkennung der Realität ökonomischer Prozesse durch Konzepte eines »Dritten Weges« zu begrenzen, die in breiteren Schichten nur wenig Resonanz fanden; von den traditionellen Wählerschichten wurde diese Politik vielfach mit Skepsis betrachtet oder abgelehnt. Insofern setzte sich für die Sozialdemokratie der Umbruch der 1980er Jahre in den 1990er Jahren fort, der aus der Sicht mancher Beobachter das sozialdemokratische Profil gefährdete.

Erst nachdem die Auswirkungen des Marktradikalismus – ökonomisch bezogen auf den Finanzsektor, sozial durch starkes Auseinanderdriften der Einkommensverhältnisse, politisch durch die Schwächung politischer Handlungsfähigkeit – in der Krise seit 2008 unübersehbar wurden, begann die Sozialdemokratie mit ihren genuinen Ideen wieder Oberwasser zu bekommen, die sie inzwischen um die Dimension der Ökologie und den Begriff der Nachhaltigkeit erweitert hatte mit der Konsequenz einer Neudefinition des Begriffs »Fortschritt«. Geradezu »klassische« Aufgaben der Sozialdemokratie sind in der Gegenwart die Zähmung des Kapitalismus durch Regulierung der Märkte und durch sozialstaatliche Grenzen, das Gegensteuern zu extremer Ungleichheit und der Kampf gegen die Exklusion ganzer Bevölkerungsgruppen, auch die Absicht, das »Wir« in der Gesellschaft gegenüber dem »Ich« wieder stärker zur Geltung zu bringen. »Europa« könnte ein neues außenpolitisches Projekt der Sozialdemokratie werden.

Allerdings musste die Sozialdemokratie zuletzt erleben, dass sie kein Monopol für das Aufgreifen sozialer Fragen hat, was in der Publizistik zum Schlagwort der »Sozialdemokratisierung« anderer Parteien – in Deutschland etwa der CDU – geführt hat. Ob die sozialdemokratischen Parteien in Europa die gegenüber den 1990er und den Nullerjahren veränderte Konstellation und das gewandelte Zeitklima nutzen können, hängt von vielen Faktoren, doch nicht zuletzt von ihnen selbst ab, das heißt von ihrer eigenen politischen Fantasie und Handlungsfähigkeit bei der Bewältigung neuer Probleme. An Problemen mangelt es jedenfalls nicht, die geradezu nach sozialdemokratischer »Bearbeitung« zu rufen scheinen.

